97-84184-13

Robinski, Anton

Die vorkämpfer eines grösseren Deutschland's...

Heidelberg

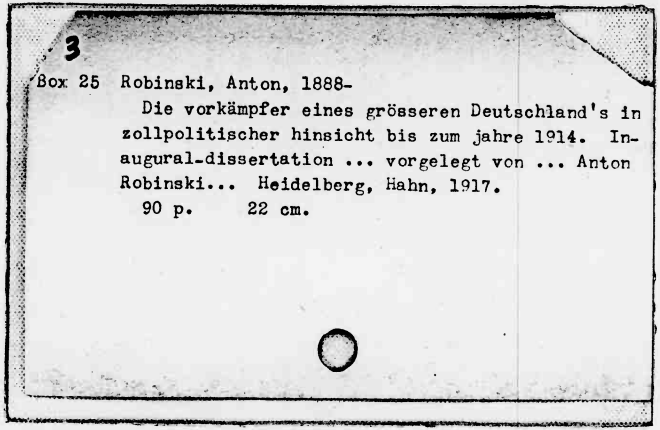
1917

97-84184-13
MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED - EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD


3
Box 25 Robinski, Anton, 1888-
Die vorkämpfer eines grösseren Deutschland's in zollpolitischer hinsicht bis zum jahre 1914. Inaugural-dissertation ... vorgelegt von ... Anton Robinski... Heidelberg, Hahn, 1917.
90 p. 22 cm.

RESTRICTIONS ON USE: *Reproductions may not be made without permission from Columbia University Libraries.*

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35 mm REDUCTION RATIO: 10:1 IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 9-9-97 INITIALS: PB

TRACKING # : 27692

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

Exchange

FEB 28 1921

3
Box 25

Die Vorkämpfer eines größeren Deutschland's in zollpolitischer Hinsicht bis zum Jahre 1914

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde einer hohen philosophischen Fakultät der Großherzoglich Badischen Ruprecht-Karls-Universität in Heidelberg a. N.

vorgelegt von

Dr. jur. Anton Robinski

Ludwig Hahn'sche Druckerei, Heidelberg (Baden).
1917.

Referent:
Geheimrat Prof. Gothein

Literatur.

Bergmann: Die zukünftigen Zollverträge, 1879.

Bose: Zollalliancen und Zollunionen, Berlin 1907.

Brentano: Über eine zukünftige Handelspolitik des Deutschen Reiches, in Schmoller's Jahrbuch 1885.

Bruck: Die Aufgaben Österreich's, Leipzig 1860.

Delbrück: Lebenserinnerungen, Leipzig 1905.

Dieterici: Statistische Übersicht der wichtigsten Gegenstände des Verkehrs und Verbrauchs im Preussischen Staate und im Deutschen Zollverbande in dem Zeitraume von 1831 bis 1836, Berlin 1838.

Chevalier: Die Weltindustrie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1869.

Elster's Wörterbuch der Volkswirtschaft.

Friedjung: Österreich von 1848 bis 1860, Stuttgart 1908.

Franke: Zollpolitische Einigungsbestrebungen in Mitteleuropa während des letzten Jahrzehnts in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik 1900.

Grunzel: Handelspolitik, Wien 1910.

Harms: Deutschland's Anteil am Welthandel und Weltschiffahrt, Leipzig 1916.

Handwörterbuch der Staatswissenschaften.

Kaufmann: L'association douanière de l'Europe centrale, 1879.

Leusse: Union douanière du centre de l'Europe, Paris 1890.

List: Das nationale System der politischen Ökonomie, Jena 1904.

List: Über die national-ökonomische Reform des Königreichs Ungarn, 1845.

List: Uber die Beziehungen der Landwirtschaft zur Industrie und zum Handel, 1844.
Lotz: Verkehrsentwicklung in Deutschland von 1800 bis 1900, aus Natur und Geisteswelt.
Mamroth: Das Projekt eines österreichisch-deutschen Zollvereins, in Hirth's Annalen 1886.
Matlekovits: Die Zollpolitik der österreichisch-ungarischen Monarchie und des Deutschen Reiches seit 1868, Leipzig 1891.
Molinari: Union douanière de l'Europe centrale, im Februarheft des Journal des économistes 1879.
Naumann: Mitteleuropa, Berlin 1915.
Pisz: Zur neuesten Handelspolitik, Wien 1895.
Philippovich: Ein Wirtschafts- und Zoll-Verband zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn, Leipzig 1915.
Roscher: System der Volkswirtschaft, Stuttgart 1906.
Roscher: Grundriss der Volkswirtschaftslehre, Leipzig 1904.
Schaeffle: Das gesellschaftliche System der menschlichen Wirtschaft, Tübingen 1867.
Schaeffle: Deutsche Kern- und Zeitfragen, Berlin 1895.
Schaeffle: Aus meinem Leben, Berlin 1905.
Todorovits: Einheitliche Zollgebiete, Berlin 1908.
Treitschke: Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert.
Walcker: Schutzzoll, laisser faire und Freihand Leipzig 1880.
Waltershausen: Das volkswirtschaftliche System der Kapitalanlage im Auslande, Berlin 1907.
Waltershausen: Beiträge zur Beurteilung einer wirtschaftlichen Förderation von Mitteleuropa, in Zeitschrift für Sozialwissenschaft 1902.
Weber: Der deutsche Zollverein, Leipzig 1869.
Wermert: Betrachtungen über einen mitteleuropäischen Zollverein in Hirt's Annalen 1888.
Schilder: Entwicklungstendenzen der Volkswirtschaft, Berlin 1915.
Zimmermann: Geschichte der preussisch-deutschen Handelspolitik, Leipzig 1892.

I.

Aus der Geschichte erhellt es, dass die heutigen Staaten verschieden entstanden sind, wie alle sonstigen sozialen Gebilde sich in einem stetigen Aus- und Umwachsen befinden, was man besonders in der Gegenwart beobachten kann. Wie die einzelnen National-Staaten und die sonstigen Volkswirtschaften nicht von selbst, sondern als Folge und unter dem Zwang der stetig zunehmenden Bedürfnisse entstanden sind, so auch der Welthandel, die Weltwirtschaft. Erst seit nicht langer Zeit haben wir einen solchen Weltverkehr, und der Verbrauch von Waren aus den entferntesten Ländern erscheint uns als vollkommen selbstverständlich. —

Der deutsche Zollverein hatte 1830 einen Aussenhandel (Einfuhr und Ausfuhr) von etwa 740 Mill. Mark, 1870 von 4240 Mill. Mark, 1912 von 19700 Mill. Mark.

Die Eisenbahnlänge der Welt betrug:

1875	367835 km.
1887	547872 km.

Länge der Post- und Telegraphendrähte betrug:

1870	271297 km.
1885	596000 km.

Die Handelsmarine:

1870	15 493194 t
1885	20 997000 t

Die Rohproduktion hat sich gesteigert:

Eisen	1830	1 468000 t
Eisen	1887	22 563000 t
Kohlen	1860	136000000 t
Kohlen	1888	438000000 t

Wir fühlen auch, dass dies noch keineswegs der Abschluss der Entwicklung ist; vorläufig erscheint uns die Weltwirtschaft als eine Menge von Beziehungen mit Bestrebungen ohne festgesetztes Ziel und Aufgabe. Sicher ist, dass hier ein neuer sozialer Organismus im natürlichen Streben nach besonderer Gestaltung und Entfaltung in Bildung begriffen ist. — An der Zweckmässigkeit dieses unbewussten Strebens wollen wir nicht im Zweifel sein und sind überzeugt, dass wir uns an dem Anfang eines geschichtlichen Prozesses befinden, denn ungeachtet aller Kontroversen, aller Kriege, ist eine grosse Solidarität aller Gebilde festzustellen. Es genügt, die Worte: Handels- und Zahlungsbilanz auszusprechen, ohne auf die mannigfaltigen sonstigen Beziehungen hinzuweisen, die von gleicher, wenn nicht öfters von grösserer Bedeutung und Wichtigkeit sind. Wir sehen auch diese Beziehungen mit fortwährend wachsender Technik und Erleichterung des Verkehrs weitere Kreise bilden, weitere Entfernungen in ihren Machtkreis einbeziehen. Die kurze Geschichte des internationalen Schienenkartells beweist zur Genüge, wie sehr die Produzenten-Interessen mit dem Konsum der ganzen Erde zu rechnen genötigt sind. — Wenn man auch die Zukunft in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung erfasst zu haben glaubt, so erscheint die tatsächliche politische, wie wirtschaftliche Gestaltung der Welt und namentlich Europas wie ein grosses Rätsel. Nietzsche glaubte das fruchtbare Zukunftsfeld mit den wogenden Ähren zu sehen; trotzdem lehren uns die Tatsachen, dass, trotz des Gemeingutes an Technik, Kunst und Wissenschaft ein furchtbarer Widerspruch besteht. Es scheint der Kampfschrei eines sich trennenden und sich mit grosser Gewalt doch wieder verbindenden Prozesses zu sein. Wir wollen auch hoffen, dass der grosse Krieg das gemeinsame europäische Empfinden nicht für immer zerstören soll. —

Jede fortschreitende Phase der wirtschaftlichen Entwicklung hat auch das notwendige Bestreben, als wirtschaftliche Einheit und Ganzes auch nach aussen aufzutreten und zu behaupten, gegen Stärkere sich abzuschliessen,

Schwächere in ihren Kreis einzubeziehen. — So führt auch mithin jede Änderung, jeder Aufschwung wie Niedergang zur Änderung der Handelspolitik. Die ältere Handelspolitik war hauptsächlich bestimmt und geleitet von Interessen der Herrscher und der einzelnen Gemeinschaften. Es entstanden später theoretisch begründete handelspolitische Doktrinen, die zum ersten Male das Recht für sich in Anspruch nahmen, allgemein gültig zu sein. Die älteren handelspolitischen Gebilde sind von kleinem Umfange zu immer mächtigeren Staaten und Staatenbünden herausgewachsen. Man braucht sich bloss an den Entwicklungsprozess des Deutschen Reiches zu erinnern, und dass hiermit von einer deutschen Handelspolitik erst im 19. Jahrhundert gesprochen werden kann. Mit wachsendem Verkehr beanspruchten sie das Recht und die Pflicht zu handelspolitischen Massnahmen, wodurch die Volkswirtschaft gefördert und in eine bestimmte Bahn gelenkt werden sollte oder man erkannte die Notwendigkeit einer politischen Vereinigung, nachdem man die wirtschaftlichen gegenseitigen Interessen erkannt und ausgebaut hatte. So ging in Deutschland die handelspolitische Einigung, der Zollverein, der politischen voraus.

Der im vorigen Jahrhundert einsetzende industrielle Ausbau der Staaten alter Kultur stellte die Handelspolitik vor neue Aufgaben. Die starke schutzzöllnerische Strömung der kontinentalen Staaten, ebenso wie der aussereuropäischen, die dadurch bedingte und geschaffene selbständige Handels- und Zollpolitik liess eine starke Polemik in Wissenschaft, wie in Politik entstehen. Freihandel und Schutzzoll scheinen zwei Devisen zu sein, die einen Kompromiss unmöglich erscheinen lassen. Teilweise erscheint die Wissenschaft im Dienste der Politik und durch solchen Verdacht leiden rein wissenschaftliche Untersuchungen von dieser wie von jener Richtung. Gross ist auch der Gegensatz in den Ansichten der physiokratischen Schule, gefolgt von Smith und seinen Anhängern auf der einen Seite, zu einem Manne wie List und seinen Nachfolgern. Dabei bildet das Austragen dieses Streites

eine akute Zeitfrage. Der Streit lässt sich, wie Waltershausen richtig bemerkt, nicht aus der Welt schaffen, wenn nicht beide den gleichen Masstab zur Beurteilung des Wirtschaftsleben gebrauchen. Beide behaupten zwar, ihr Ziel sei die Förderung des Gesamtinteresses, aber sie gingen weit auseinander, wenn man sie fragt, was sie darunter verstehen. Während die Freihändler es nämlich einem möglichst grossen Reichtum oder Einkommen gleichsetzen, wollen die Schutzzöllner das historisch gegebene wirtschaftliche, soziale und politische Ganze mit seiner Eigenart nicht bloss erhalten, sondern auch weiter bilden. Die Freihändler betonen die rein wirtschaftliche ökonomische Seite, erstreben eine ewige Harmonie durch einen allmählichen Ausgleich und gegenseitige Ergänzung. Die Schutzzöllner sehen ihr Ziel in der Verwirklichung sozialer und politischer Ideen. List sah auch in seinen produktiven Kräften, durch die er sein nationales Schutzsystem begründen und festzulegen suchte, mehr als nur bloss rein wirtschaftliche Faktoren. Unabhängigkeit und Freiheit, nationales Selbstbewusstsein und Stolz, politische Macht und politische Einrichtungen sah er als eine unbedingte Voraussetzung an, denn nur auf einer solchen Basis könnten Arbeit und Sparsamkeit zur vollen Entfaltung gelangen. — Schliesslich ist aber die Frage, ob Schutzzoll oder Freihandel keine Prinzipienfrage, sondern soll ein Mittel für die Handelspolitik der Staaten bilden, die jeweils nach dem spezifischen Stand der Wirtschaft angewendet werden sollen, und die doch kein Allheilmittel für alle Zeiten bilden. —

Die Handelspolitik des Deutschen Reiches baut sich nicht auf so günstigen Voraussetzungen auf wie die anderer Staaten; Deutschland stehen nicht, wie Russland oder Amerika weite Gebiete zur Verfügung, in denen die überschüssige Bevölkerung angesiedelt werden könnte, und wo die deutschen Industrieprodukte einen gesicherten Austausch zu finden sicher wären. Auch verfügt Deutschland nicht über einen solchen Kolonialbesitz wie Frankreich und England, der doch auch bei günstiger, Frankreich ähnlicher Kolonial-Arrondierung durch einen Krieg gefährdet werden könnte. Trotz des Aufschwunges der deutschen Kolonien (das in deutschen Schutzgebieten angelegte Kapital gibt das Kolonialadressbuch von 1904 in folgender Höhe an:

Kamerun	16,6	Mill. Mark
Süd-West-Afrika / Ost-Afrika	59,2	„ „
Togo	1,2	„ „
Kiautschou	18,8	„ „
Südsee	10,0	„ „
zusammen:	186,2	Mill. Mark

Rechnet man zu diesem Betrage die Betriebskapitalien der Unternehmungen und die Kapitalien der Ansiedler hinzu, so wird eine Schätzung von 300 Mill. Mark hinter der Wirklichkeit zurückbleiben) ist Deutschland in erster Linie auf seinen Verkehr mit fremden Staaten angewiesen. Es kann nicht im Entferntesten daran denken, seinen Handel lediglich auf seine Kolonien zu beschränken; sie bilden ja nicht einmal einen Prozent seines Handelsverkehres. Mehr als die Hälfte des deutschen auswärtigen Handels spielt sich mit Russland, England, Frankreich und den Vereinigten Staaten von Amerika ab. Man nahm in diesen Ländern Strömungen wahr, die auf einen Abschluss und eine Autarkie deuten liessen. Ohne Zweifel ist auch eine Tendenz zur Schaffung grösserer Zollgebiete, sei es auf friedlichem oder kriegerischen Wege, festzustellen. Nach dem Stande von Ende 1910 erweist sich folgende Tabelle der Zollgebiete:

Vereinigte Staaten von Amerika 104 Mill. Einwohner	10,03	Mill. qkm.
Russisches Reich 162 Mill. Einwohner	22,30	„ „
Britisches Weltreich 444 Mill. Einwohner	33,61	„ „

Chinesisches Reich 330 Mill. Einwohner	11,14	Mill.	qkm.
Frankreich 91 Mill. Einwohner	11,50	„	„
Deutsches Reich 80 Mill. Einwohner	3,20	„	„

Keineswegs widersprechen diesen Tatsachen die einzelnen Bestrebungen entgegengesetzter Richtung, sie sind lediglich als Ausnahme zu betrachten, wie z. B. das Auflösen der Schwedisch-Norwegischen Zollunion. Chamberlain's Streben ging dahin, England mit seinen Kolonien durch Differenzialzölle abzuschliessen, Amerika's Monroe-Doktrin ist bekannt. Russland's panslavistisch-imperialistischen Gelüste haben zum Teil den grossen Krieg verursacht. —

Da hat man nun darauf hingewiesen, Deutschland's Politik müsse ähnliche Wege einschlagen. Deutschland könne den Abschliessungs-Bestrebungen dieser und anderer Länder nur dadurch ein Gegengewicht bieten, indem es selber eine engere wirtschaftliche und evtl. auch politische Verbindung mit Nachbarländern von gleichen wirtschaftspolitischen Voraussetzungen eingeht.

Wie sollte solch ein Zollbindnis sich gestalten?

II.

Wie sollte solcher Zollverein aussehen? Diese Frage ist durch den jetzigen Krieg von brennender Aktualität geworden. Namentlich in Anbetracht der Bestrebungen und Pläne der Entente. In der englischen wie französischen Presse, besonders in der Times und in Daily-News werden die Pläne der Öffentlichkeit unterbreitet, die den militärischen Krieg auf das wirtschaftliche Gebiet namentlich über den gegenwärtigen Krieg hinaus ausdehnen wollen. Die Einfuhr deutscher Waren soll nach dem Kriege verboten oder durch hohe Zollschranken tatsächlich unmöglich gemacht werden. Man hofft dadurch, die verbündeten Länder handelspolitisch enger abzuschliessen und Deutschland's Bestrebungen nach dem Kriege, den Weltmarkt zu erobern, zu verhindern. Dagegen oder unabhängig hiervon werden entsprechende Bestrebungen auf Seiten der Mittelmächte verfolgt. Das Wort Mitteleuropa, wie der Gedanke des Handelsweges von Hamburg nach Bagdad, kehrt in allen Zeitungen und in einer unübersehbaren Flut von Broschüren wieder. Es drängt sich hierbei die Frage unwillkürlich auf, ob nicht schon früher, das heisst vor dem Kriege, der Gedanke eines grösseren Deutschlands in der nationalökonomischen Literatur erörtert wurde. Heute ist man in Deutschland und Österreich erfreut von dem Waffenerfolge der Zentralmächte und baut daraufhin Zukunftsideen. Da drängt sich der skeptische Gedanke auf: sind nicht diese wirtschaftlichen Pläne nur eine zufällige Begleiterscheinung der augenblicklichen Lage? Hat es nicht schon früher Männer gegeben, die auf diese Notwendigkeit hinwiesen, die nicht geblendet von des Tages grossen Ereignissen solche oder ähnliche Zollunions-Forderungen aufstellten?: Diese Frage soll beant-

wortet werden, in wieweit der Gedanke einer Zollunion Deutschland's mit Nachbarländern schon vor dem Kriege auftauchte.

Da sind es beinahe schon hundert Jahre her, wo kein Geringerer, als der geniale Förderer und Vorkämpfer für Deutschland's Einheit und industriellen Ausbau hierin seine diesbezüglichen Gedanken niedergelegt hat, nämlich Friedrich List in seinem nationalen System der politischen Ökonomie. Das Werk erschien 1840. Die Fragen des internationalen Handels, wie die Handelspolitik bewegten damals seine Ideen und deren Ausbau. Neubelebt wurden seine Bestrebungen durch eine von der Pariser Akademie ausgeschriebene Preisaufgabe über die zweckmässigste Art des Überganges vom Schutzzoll zum Freihandel. Dieses Problem suchte er in dem oben angeführten Werke zu lösen.

Ihm schwebte bei Beantwortung aller Fragen sein Vaterland vor und dessen Ausbau nach jeder Richtung, nicht jedoch um sich als weltfremder Mann allweltlichen Ideen und Zukunftsplänen gegenüber fremd und verschlossen zu erweisen. Nicht ohne Zweck schrieb er als Motto seines Buches die Worte: „Et la patrie et l'humanité". Mit Recht bemerkt auch Schmoller, dass List unendlich mehr als ein blosser Schutzzöllner war. Er erfasste mit der intuitiven Kraft eines Genius den Gedanken, dass nicht die Individuen, sondern die sozialen Gemeinschaften es sind, die in der Geschichte der Volkswirtschaft handelnd auftreten. Er begriff, dass die Institutionen, welche den sozialen Gemeinschaften einheitliches Leben geben, welche aus grossen Gesamtinteressen herauswachsen, den Kern aller wirtschaftlichen Politik ausmachen. Er überwand die blassen Gedanken des Kosmopolitismus, wie sie um die Wende seines Jahrhunderts auf allgemein philosophischen und wirtschaftlichen Gebieten auftauchten und ersetzte sie durch glühende Vaterlandsliebe und ein nationales System der politischen Ökonomie. Ihm, der die freiheitliche Welt der amerikanischen Union aus eigener

Erfahrung wie selten jemand kannte, ihm, als erfahrenen Politiker war es jedoch auch klar und selbstverständlich, dass der Ausbau seines Vaterlandes nur eine Durchgangsperiode zur humanité sei. Chauvinistische Gedanken lagen ihm fern; ihm schwebte stets eine geeinigte Welt vor. Er war sich dessen bewusst, dass nur ein solches Handeln die Mittel rechtfertigte. Er selbst sagt in kurzen Worten darüber: Die Zukunft der Menschheit ist immer grössere Annäherung der Nationen zueinander, endlich Vereinigung aller Nationen unter dem Rechtsgesetz, die Universalunion. Das Interesse jeder besonderen Nation fordert, Selbstständigkeit, Ausbildung der Kultur, des Wohlstandes und der Macht, und die Entwickelung zu einem in sich selbst vollkommenen und unabhängigen politischen Körper. Die höchste realisierte Einigung der Individuen ist die des Staates. Die höchste denkbare Vereinigung ist die der gesamten Menschheit. Ausbildung der Nationalität ist der Hauptgegenstand des Strebens einer Nation. Es ist vernünftig, da es naturgemäss zur Universalunion führt. Eine aus überwiegender Macht hervorgehende Universalunion würde jeglichen Fortschritt unterbinden und hemmen. Ihm ist die Universalunion nur denkbar auf dem Wege der Konföderation.

Ehe wir auf die von ihm entwickelten Zollunionsgedanken eingehen, halte ich es jedoch für notwendig, sich ein Bild von der Zeit, in der er lebte und für seine Ideen focht, zu machen. Er selbst charakterisiert die Zeit zur Erklärung seiner Bestrebungen folgendermassen: Regierende und Regierte, Edelleute und Bürger, Staatsbeamte und Gelehrte, alle trugen sich damals in Deutschland mit Vorschlägen zur neuen politischen Gestaltung. Deutschland glich einer durch Krieg zerrütteten Wirtschaft, deren frühere Eigentümer im Begriffe stehen, sich aufs neue häuslich einzurichten. Überall herrschte Widerspruch und Meinungskampf.

Deutschland war damals ein reines Agrarland. Mehr als neunzig Prozent der gesamten Stoffverarbeitung wurde

durch das Handwerk bewerkstelligt. Der Kleinbetrieb herrscht vor. Zwar liegen die Anfänge der industriellen Entwicklung schon im 17. Jahrhundert, das Gesamtbild war jedoch nicht anders. Maschinen und Massenabsätze in heutiger Entwicklung waren damals nicht im Geringsten vorhanden. Weder gab es Eisenbahnen noch Strassen von heutigen Begriffen. Der Verkehr spielte sich auch nur zwischen engen Gebieten ab, allein Flüsse und Kanäle ermöglichten grössere und weitere Transporte. Erst um die Mitte des Jahrhunderts wurde der Anfang zu einem Eisenbahnnetz gelegt. 1834 wurde ein Zollgebiet geschaffen, dem die meisten deutschen Staaten angehörten; von diesem Jahre an kann man auch erst von einer deutschen Volkswirtschaft sprechen. Wie hemmend wirkte die Gewerbeunfreiheit, die trotz der Stein-Hardenberg'schen Gesetzgebung erst Ende der 60er Jahre vollständig durchgeführt war. Diterici stellt in seiner statistischen Übersicht des deutschen Zollverbandes in dem Zeitraum von 1831 bis 1836 den unverkennbaren Fortschritt des landwirtschaftlichen Gewerbes in Preussen fest Aber auch die grossen Fabrikanstalten, sagt er, sind namhaft im Steigen, was namentlich aus der vermehrten Zahl der Zucker-Raffinerien zu schliessen ist. Ein neues Gewerbe bemerkt er mit Zufriedenheit, ist im Entstehen begriffen und zwar die Runkelrüben-Zuckerfabrikation. Ferner ersieht man das Steigen grösserer Fabrikation aus dem Verbrauch und Absatz von Baumwollwaren, seidenem Zeuge, Geweben aller Art.

Die Einfuhr von Baumwolle betrug:

1832	117911 Ztr.
1834	175317 „
1836	187858 „

Die Summe der in die preussischen Häfen eingegangenen Schiffe stieg:

von 1832	3841
auf 1836	4261

Der ausgegangenen Schiffe:

von 1832	3826
bis 1836	4337

Es ist kein übereilter Schluss, dass ein solcher Staat von Jahrzehnt zu Jahrzehnt in Wohlstand fortschreiten muss, sind seine Worte. An einer anderen Stelle fährt er fort: Die wichtigste Verschiedenheit und ein Vorteil von allen Teilnehmern in den grösseren Zollverbänden ist und bleibt der erweiterte Markt und Verkehr mit dem vergrösserten Inland. Es ist ein ganz anderer Absatz, wenn im ungehinderten Verkehr die Bedürfnisse von fünfundzwanzig Millionen Menschen befriedigt werden sollen, als wenn der Markt nur für vierzehn Millionen zu berechnen wäre. Auch die Verhältnisse zum Auslande werden gegen einen so vergrösserten Staatenbund sich anders stellen als vorher. Als Illustration möge die Übersicht des Deutschen Zollvereins im Jahre 1836 mit der Bevölkerung von 1834 dienen:

	qm Meilen	Einwohner
Preussen	5146,14	13690653
Bayern	1384,53	4251118
Württemberg	378,41	1627122
Sachsen	271,68	1595668
Kurfürstentum Hessen	161,69	640674
Hessen und Homburg	155,00	769691
Baden	279,54	1231657
Herzogtum Nassau	82,70	373601
Thüringer Vereinsländer	222,52	908478
Frankfurt a. M.	4,33	60000
Summa:	8088,54	25148662

List hält die damalige Gebietseinteilung der europäischen Nationen für unnormal und nicht der Natur der Dinge entsprechend. Wenn sich jede Nation im Besitze der zur Entwiklung erforderlichen Gebiete befände, so widerspräche jeder Übergriff einer gesunden Politik. Er zählt die Gebiets-Arrondierung zu den wesentlichsten Bedürfnissen

einer Nation. Dieses Streben ist für ihn so weit legitim, dass ihm dadurch sogar ein Krieg als gerechtfertigt erscheint. Er setzt darüber auseinander: Die Politik hat längst gefühlt, dass Gleichstellung der Nationen ihre endliche Aufgabe sei; das, was man die Erhaltung des europäischen Gleichgewichtes nennt, ist von jeher nichts anderes gewesen, als das Bestreben der Mindermächtigen, den Umgriffen der Übermächtigen Einhalt zu tun. Englands Übergewicht war während der Kämpfe gegen die Revolution und Eroberung unermesslich gewachsen. Offenbar hat Frankreich gleiches Interesse mit den übrigen Kontinentalmächten, gegen die Seeübermacht Englands eine Alliance abzuschliessen. Einer engeren Vereinigung des europäischen Kontinents steht aber nichts zur Zeit so sehr im Wege, als dass das Zentrum desselben noch immer nicht die ihm gebührende Stellung einnimt. Anstatt Vermittler zwischen dem Osten und Westen des europäischen Kontinents zu sein, bildet es zur Zeit den Zankapfel, weil man diese durch Mangel an Nationaleinheit geschwächte Mittelmacht auf seine Seite zu ziehen hofft. Würde dagegen Deutschland mit den dazu gehörenden Seegestaden, mit Holland, Belgien und der Schweiz sich als kräftige kommerzielle und politische Einheit konstituieren, so könnte es dem europäischen Kontinent den Frieden für lange Zeit verbürgen und zugleich den Mittelpunkt einer dauernden Kontinental-Alliance bilden.

Alle Nationen haben ein gemeinschaftliches Interesse daran, sich gegen die zerstörende Konkurrenz Englands zu schützen. Alle minder seemächtigen Nationen, zumal die, welche keine oder nur unbedeutende Kolonien besitzen, haben daher ein gemeinschaftliches Interesse, durch vereinigte Kraft einen solchen Zustand herbeizuführen. Bei Beurteilung der unermesslichen Interessen, welche den Kontinental-Nationen der Seesuprematie gegenüber gemeinschaftlich sind, werden wir zur Erkenntnis geführt, dass nichts so sehr nottue, als eine Einigung. Es kann

demnach nicht in Abrede gestellt werden, dass dem napoleonischen Kontinental-System eine richtige Ansicht von den Bedürfnissen und Interessen des Kontinentes zu Grunde lagen. Dass die Idee des Kontinental-Systems immer wiederkehrt, dass die Notwendigkeit ihrer Realisierung den Kontinental-Nationen sich immer stärker aufdrängen wird, ist jetzt schon klar und wird immer noch klarer werden. Es ist demnach töricht von Frankreich, wenn es, allem Recht und aller Natur der Verhältnisse zuwider, Grenzansprüche gegen Deutschland erhebt. Ein wirksames Kontinental-System kann nur aus freier Vereinigung der Kontinentalmächte hervorgehen und nur Erfolg haben, wenn es Gleichstellung der daraus erwachsenden Vorteile bezweckt. Denn nur so können die Seemächte zweiten Ranges der englischen Macht gegenübertreten, so dass diese allein gerechten Forderungen nachgibt. Nur durch solche Alliance können die Kontinentalmächte ihre Verbindung mit den Ländern heisser Zone erhalten und ihre Interessen mit dem Orient und Occident behaupten. Es wird den Briten hart ankommen, das Auswachsen und Blühen dieser Union sehen zu müssen. Aber ein Blick in die Zukunft wird sie hinlänglich trösten. Dieselben Ursachen, die Gross-Britanien auf seinen hohen Stand erhoben, werden das Vereinigte Amerika auf einen Grad von Industrie, Reichtum und Macht erheben, welche England weit überragen wird. Nordamerika wird seine Bevölkerung auf hunderte Millionen Menschen vermehren, wird über Mittel- und Nord-Amerika seine Macht ausdehnen, es wird die Seemacht von Gross-Britanien so weit überragen, als ihre Küsten und Ströme die britischen an Grösse übertreffen. So wird in nicht allzu ferner Zukunft die Naturnotwendigkeit, welche jetzt den Franzosen und Deutschen die Stiftung einer Kontinental-Alliance gegen die britische Suprematie gebietet, den Briten die Stiftung einer europäischen Koalition gegen die Suprematie von Amerika gebieten. Alsdann wird Gross-Britanien in der Hegemonie der Vereinigten Mächte von Europa Schutz, Sicherheit und Geltung gegen die amerikanische Über-

macht finden.

Interessant und von nicht minderem Gegenwartswert sind seine Betrachtungen über Holland:

Holland wird jederzeit als der Hauptkanal für die Verbindungen Süddeutschlands mit anderen Ländern betrachtet werden müssen. Holland ist nach seiner Lage wie Abstammung eine Provinz, ohne deren Einverleibung in den deutschen Bund Deutschland einem Hause zu vergleichen ist, dessen Tür einem Fremden gehört. Holland gehört so gut zu Deutschland, wie die Bretagne und Normandie zu Frankreich. Holland Deutschland einverleibt, ist der Führer der deutschen Seemacht. In seiner gegenwärtigen Lage kann Holland seinen Kolonialbesitz bei weitem nicht so gut ausbeuten, als wenn es einen Bestandteil des Deutschen Bundes bilden würde. Schon darum nicht, weil es an den zur Kolonisation erforderlichen Elementen, an Menschen und geistigen Kräften zu schwach ist. Holland kann nur durch die Deutsche Union und in der engsten Verbindung mit derselben seine alte Blüte wiedererlangen.

Als Voraussetzung für eine europäische Staatenunion sieht er die Gleichheit und Harmonie der staatlichen Machtfaktoren. Es ist derselbe Gedanke, den er ausspricht in der Forderung, dass in der einzelnen Volkswirtschaft Agrikultur- und Manufaktur-Kraft wie am Körper zwei Arme gleichmässig entwickelt sein müssen. Erst ist die wirtschaftliche Selbständigkeit einer jeden Volkswirtschaft als das Ziel einer gesunden Handelspolitik anzusehen und erst dann und nicht eher sei ein Staaten-Bund zu erstreben. Er wendet sich gegen die aus der Übermachtstellung eines Staates entstandene Union. Freiheit der einzelnen Individuen im Staate und dann Freiheit der einzelnen Nationen in der Union ist sein Verlangen. Nicht Zwang, sondern die Erkenntnis des gegenseitigen allgemeinen Vorteiles soll zu diesem weiteren kulturellen Fortschritt führen. Nur dadurch könnte das Gleichgewicht und der Friede gewährleistet werden. Deutschland schien ihm damals diese Vorbedingungen noch nicht erfüllt zu haben und zu schwach zu sein, um eine Union eingehen zu können. Es bot keine Garantien gegen Ausbeutung und Abhängigkeit von seinen mächtigen Nachbarn. Bei seiner Entwicklung eines geeinigten Europas unterscheidet er zwei Phasen. Die erste ist für ihn die Einsicht der Kontinentalmächte, eine Union gegenüber England schliessen zu müssen. Er würdigt dabei den napoleonischen Gedanken der Kontinentalsperre. Die zweite Entwicklungsphase bildet der notwendige, keineswegs erzwungene, sondern von selbst sich ergebender Anschluss Englands an die Union der Kontinentalmächte. Als primus inter pares soll England die Hegemonie der europäischen Union gegenüber Amerika bilden. Ein erspriessliches Ineinandergreifen und gegenseitiges Ergänzen der Nationen untereinander, unter Wahrung nationaler Freiheit, des Selbstbestimmungsrechtes, mit einem Worte eine Konföderation erscheint ihm als erhabenes Ziel der grossen europäischen Handelspolitik.

Die Geschichte hat andere Wege eingeschlagen als die von ihm vorgestellten. Es genügt an den jetzigen Krieg zu erinnern. Frankreich sieht in Deutschland den Erbfeind. Englands Politik hat die Erfüllung dieser Zukunftspläne in weite Fernen gerückt. Es denkt nicht an eine Gleichstellung und Wahrung der Einzelinteressen der Nationen, sondern das Streben nach Vormacht und Absonderung ist für England massgebend. So fasste die Tagung der Vereinigung der englischen Handelskammern nach dem Berichte des Times vom 1. März 1916 eine

bemerkenswerte Entschliessung, die engere Handelsbeziehungen mit den Kolonien und den verbündeten Staaten empfiehlt und verlangt.

1. Vorzugstarife zwischen allen Teilen des englischen Weltreiches;
2. Gegenseitige Handelsbeziehungen zwischen dem englischen Weltreich und den Verbündeten;
3. Einschränkung durch Zolltarife und andere Vorkehrungen gegen den Handel mit feindlichen Ländern, um Unterbietung unmöglich zu machen, die einheimische Industrie zu entwickeln und die einheimische Arbeit in stärkerem Masse zu beschäftigen.

Die Haltung Englands den Vereinigten Staaten gegenüber, bedingt zum Teil durch nahe Blutsverwandtschaft, lässt deutlich jeglichen Interessenwiderspruch mit Amerika im Keime schon ersticken oder doch verdecken. Anstatt mit den europäischen Mächten Hand in Hand gegenüber der drohenden Handels-Suprematie aufzutreten, sieht es seinen ärgsten Widersacher auf dem Kontinent. Die Frage des mittelamerikanischen Kanals ist ein Beispiel für eine sonst nicht von England geübte Nachgibigkeit. Der gegenwärtige Krieg belehrt es vielleicht eines Besseren. Gemeinsame Interessen gegenüber Amerika werden es bewegen, näheren Anschluss, namentlich in Deutschland, zu suchen. Denn allzu auffällig sind die einseitigen Vorteile, die Amerika in der jetzigen Zeit des allgemeinen europäischen Zerwürfnisses gewinnt.

So betrug nach dem Ekonomist vom 12. Feb. 1916 die Ausfuhr Gross-Britaniens nach den Vereinigten Staaten von Amerika (in Pfund Sterling)

im Jahre 1913	29 294196
„ „ 1914	34 035430
„ „ 1915	26 170046

Die Einfuhr der Vereinigten Staaten von Amerika nach Gross-Britanien:

im Jahre 1913	141 652072
„ „ 1914	138 575284
„ „ 1915	238 006442

Der Ekonomist bemerkt hierzu: Es steht zu befürchten, dass Amerika an die Stelle tritt, wo wir früher standen, und dass es nach Beendigung des Krieges für unsere Kaufleute nicht leicht sein wird, ihre frühere Stellung wiederzugewinnen. Interessant ist es hierbei, den Gesamthandel Amerikas mit der Entente dem mit den Zentralmächten gegenüber zu stellen. (in Millionen Dollars).

	Einfuhr		
	1913	1914	1915
England	295	294	256
Frankreich	136	141	77
Eur. Russland	26	20	2
Asiat. „	2	3	1
Italien	54	56	55
Belgien	42	41	10
	Ausfuhr		
	1913	1914	1915
England	597	594	912
Frankreich	146	159	369
Eur. Russland	25	30	37
Asiat. „	1	1	23
Italien	76	74	184
Belgien	66	61	21

Der Handelsverkehr ist für England um 655 Millionen Dollar gegenüber den Vereinigten Staaten passiv. Ganz besonders findet die für England ungünstige Handelsbilanz in den ungünstigen Wechselkursen von New-York auf London ihren nachteiligen Ausdruck. Die Pfundwährung hat von ihrer weltbeherrschenden Stellung viel eingebüsst und bessert sich nicht trotz aller Gegenmassregeln seitens Englands.

Infolge des Abschlusses der Zentralmächte ist das Ergebnis für diese bei weitem günstiger. Namentlich die

Behauptung Lists über die zukünftige, mächtige, auch England überragende Flotte Amerikas findet einen Beleg laut Mitteilung der New-York-Staatszeitung vom 29. Feb. 1906. Darnach setzte der Präsident der Militärakademie dem Flottenausschuss des Repräsentantenhauses auseinander, dass die amerikanische Flotte bis zum Jahre 1925 in solchen Zustand an Zahl und Stärke gesetzt werde, dass sie mit der stärksten Flotte der Welt wetteifern könne. Admiral Knight wurde im Laufe der Diskussion befragt, ob er die Möglichkeit eines Konfliktes mit England in Betracht zöge. Er antwortete, man solle nicht zu sicher in diesem Punkte sein: Gewisse Momente, die uns bisher Sicherheit zu verbürgen schienen, haben sich gerade als gefahrdrohend erwiesen. Ich bin nicht so sicher, dass wir nie einen Krieg mit England haben werden.

Bezeichnend für die wachsende Handelsselbständigkeit Amerikas ist nach den Commerce-Reports die Zunahme des Handelsschiffbaues. Das bedeutendste Jahr für den Schiffsbau in Amerika war das Jahr 1904, in dem 134 Schiffe mit einem Tonnengehalt von insgesammt 403 473 Tonnen gebaut wurden. Gegenwärtig sind 230 Handelsschiffe mit zusammen 901 370 Tonnen im Bau.

Sehr zeitgemäss muten uns die Betrachtungen List über Holland an. Welche Bedeutung Holland und Belgien und damit ein ungehinderter Verkehr durch diese Staaten für Süddeutschland hat, ist in diesem Kriege mehrfach hervorgehoben worden. Der König von Bayern, Ludwig III., hat die Notwendigkeit einer freien Rheinmündung unumwunden ausgesprochen. Der Durchfuhr-Verkehr würde sich enorm steigern, wie auch jetzt schon die bayerischen Eisenbahnen einen grossen Aktivposten aus der Durchfuhr rumänischen Getreides nach der Schweiz aufweisen. Süddeutschland würde einen Umschlagsplatz

zwischen der Rheinmündung und dem Orient bilden. Im Mittelalter war die Donau die grosse Handelsstrasse, trotz des späteren Wettbewerbes der italienischen Handelsstädte und der Bevorzugung des Seeweges ins Schwarze Meer. Man weist auch darauf hin, dass dieser Wasserweg zur Aufschliessung der bedeutenden Eisenerzlager im nördlichen Bayern beitragen würde. Über die Bedeutung der Rheinmündung sind sich auch die Gegner Deutschlands klar. So schrieb eine französische Zeitung: Wenn England über Deutschland triumphieren soll, muss der Hafen von Antwerpen verriegelt werden. Die bekannte Reclus'sche Karte des neuen Europa beraubt dazu die Niederländer der Scheldemündung und des ganzen Gebietes westlich des Rheines. Man erinnere sich auch hier an die Worte Napoleons I. „Avec Anvers je tiens un pistolet chargé sur la poitrine de l'Angleterre."

Als im Jahre 1863 seitens Hollands der Scheldezoll aufgehoben wurde, machte sich ein starker Aufschwung des Schiffsverkehres bemerkbar, wozu nicht zu mindest das Rheinland beigetragen hat. So wuchs der Schiffseingang in je tausend Registertons:

Im Hafen:	1870	1890	1900	1912
Antwerpen	984	3824	10756	11693
Hamburg	1604	5203	12454	13568
Rotterdam	1026	2863	9228	11548
Amsterdam	358	1014	2004	2243

Bemerkenswert ist auch die Durchschnittsgrösse der verkehrenden Schiffe:

	Hamburg	Rotterdam	Amsterdam
1903	653	1016	1578
1912	766	1184	1973

Die Gründe für diese Entfaltung liegen in der günstigen Lage zur Weltstrasse des Ärmelkanals und zum Ozean. Die Verladung über die Niederlande, anstatt über die deutschen Nordseehäfen, bedeutet für Süd- und zum Teil für Mittel-Deutschland eine Zeitersparnis von sieben bis

vierzehn Tagen und damit eine enorme Verbilligung der Frachten, was doch als Hauptfaktor im internationalen Handelsverkehr anzusehen ist. Der in den letzten Jahren zunehmende Rheinschiffahrtsverkehr weisst darauf hin, wie sehr ein direkter, ungehinderter Verkehr mit dem Ozean notwendig ist. Es bewahrheitet sich die Behauptung Lists, und vielleicht wird sein Satz zur Wahrheit, dass Holland allein, in Verbindung mit Deutschland die alte Blüte wiedererlangt. Durch Abschluss einer Zollunion sucht List die Industrie zu fördern, indem er mit Hilfe von Zöllen deren Emporblühen gefördert sehen will.

Zum Schluss soll noch seine Stellung der Landwirtschaft gegenüber erwähnt werden. Bemerkenswert sind hierüber seine folgenden Äusserungen: Bei einem nur Landwirtschaft treibenden Volk bleibt alles stationär — Bevölkerung, Produktion, Handel, Consumtion, Rente und Staatseinkommen. Ausser dort, wo die einheimische Landwirtschaft durch eine einheimische blühende Industrie unterstützt ist. Die Produktivkräfte der Landwirte werden unterstützt und emporgehoben. Der Stand der Ackerbauer wird jedes Jahr grösseren Absatz finden. Diese belebende und die Nährer zu höherer Tätigkeit, zu vermehrter Arbeit, grösserer Wohlhabenheit, grösserem Reichtum und vermehrter Bevölkerung emporhebende Wechselwirkung zwischen beiden produktiven Nährungsständen denjenigen, welcher die Stoffe hervorbringt, und demjenigen, welcher sie veredelt, kann nicht statthaben in Ländern, deren Agrikultur keine blühende einheimische Industrie zur Seite steht.

Wichtige Gedanken hat auch der bekannte Nationalökonom Wilhelm Roscher an verschiedenen Stellen seiner Werke auseinandergeführt. Er hat, ähnlich wie List in diesem Punkte, hervorgehoben, dass ein Zollverein nur zu befürworten sei, wenn er von dem Bewusstsein, der Gemeinsamkeit der Interessen der daran beteiligten Staaten getragen sei. Das Fehlen des Zusammengehörigkeitsgefühles kann die realen Interessen gefährden, und eine Vereinigung ist in solchem Falle nicht zu raten. Aus diesem Grunde hält er eine Vereinigung mit England oder Frankreich für ausgeschlossen. Durch die Handelsverträge vom Dezember 1891 Deutschlands mit Oesterreich-Ungarn, Italien, Belgien und der Schweiz sei im Herzen Europas eine wirtschaftliche Interessengruppierung ins Leben gerufen worden, die den jenseits des Ozeans sich ausbreitenden prohibitiven Tendenzen entgegentritt. Die industrielle, über den eigenen Bedarf hinausreichende Produktionskraft der mitteleuropäischen Staaten, verbunden mit der Notwendigkeit für ihre sich vermehrende Bevölkerung, Nahrungsmittel von auswärts zu beschaffen, hätten den Umschwung bewirkt. Die Ausbildung der Weltwirtschaft und die Entfaltung des gegenseitigen Produktionsaustausches bergen grosse, noch zu lösende Probleme in sich. Der Bezug von Produktions- und Unterhaltungsmitteln sei zu einer Existenz-Frage für die modernen Industriestaaten geworden. Der Kampf um den Weltmarkt beginnt immer mehr ein Kampf um die Weltmacht zu werden. Die rivalisierenden Interessengruppen werden an Zahl geringer, an Umfang grösser. Hier erwähnt er die Ausgestaltung der drei Mächte: England's, Russland's und der Vereinigten Staaten Amerika's. Sie üben mit ihrer Macht einen immer grösseren Druck in politischer, wie wirtschaftlicher Hinsicht auf alle kleineren Staaten aus. Bei Erwähnung der imperialistischen Bestrebungen gedenkt er der Politik Englands, für die die Worte Chamberlain's gelten vom Gesetzte der historischen Entwickelung, dass die grossen Staaten immer grösser, die kleinen immer kleiner werden müssten. Und wenn

diese Idee wirklich in Erfüllung ginge, würde dieses grössere Britanien ein Sechstel der Erdoberfläche und ein Viertel der Bevölkerung der Erde der Landwirtschaft nicht englischen Völkern verschlossen werden. Als Folge sieht er das Entstehen ganz neuer, grosser, politischer Konstellationen. Ältere Völkergegensätze würden zurückgedrängt, neue würden mächtiger und drohender in den Vordergrund treten. Die Bestrebungen Chamberlain's, die Schaffung eines so gewaltigen Freihandelgebietes, würde durch seine Abschliessung nach aussen im Grunde genommen antifreihändlerisch sein. Die Deutschen Handels- und Ausfuhr-Interessen würden durch den britischen Zollverein zweifellos gefährdet sein. Da würde der geplante mitteleuropäische Zollverein noch mehr an aktuellem Interesse gewinnen.

Tatsächlich sieht er also den Hauptkonkurrenten Europas in Amerika. Dagegen wäre wohl nach seiner Meinung der Zusammenschluss von ganz Europa geboten, aber der Wirklichkeit Konzessionen zu machen ist eine nicht zu leugnende Tatsache. Aus dieser Notwendigkeit heraus sieht er in der Vereinigung Mitteleuropas ein zu erreichendes Ziel. Frankreich's chauvinistische Zollpolitik und England's Abschlussbestrebungen zwingen zu diesen Folgerungen.

Wir wollen hier die von ihm erwähnte Gefährdung der deutschen Handelsinteressen im Falle eines britischen Zollvereins näher ins Auge fassen. Wir stellen zunächst

die Einfuhr der Rohprodukte und Nahrungsmittel aus dem britischen Kolonialreich nach Deutschland im Jahre 1913 auf: Sie betrug in Millionen Mark:

Mineralische und chemische Rohprodukte und Metalle	125 339
Pflanzliche Rohprodukte	308 008
Tierische Erzeugnisse	307 813
Pflanzliche Ölrohstoffe und Öle	269 968
Nahrungsmittel für Menschen und Tiere	187 827
Genussmittel	36 610
	1 235 465

Dem ist gegenüberzustellen die Einfuhr von Rohprodukten und Nahrungsmitteln nach Deutschland im Jahre 1913 in Millionen Mark:

Mineralische und chemische Rohstoffe und Metalle	224 151
Pflanzliche Rohprodukte	10 639
Tiere und tierische Erzeugnisse	43 842
Pflanzliche Ölrohstoffe und Öle	7 283
Nahrungsmittel für Menschen und Tiere	71 877
Genussmittel	1 208
	359 000

Die Ausfuhr von Rohprodukten und Nahrungsmitteln von Deutschland nach Gross-Britannien im Jahre 1913 in Millionen Mark:

Mineralische und chemische Rohstoffe und Metalle	104 496
Pflanzliche Rohprodukte	16 985
Tiere und tierische Erzeugnisse	23 917
Pflanzliche Ölrohstoffe und Öle	24 250
Nahrungsmittel für Menschen und Tiere	259 533
Genussmittel	8 149
	437 330

Wir sehen, dass die Zufuhr aus den britischen Besitzungen viel grösser sind, als die aus Gross-Britannien selbst. Das

Britische Kolonialreich nimmt eine wichtige Stellung ein in der Versorgung Deutschlands mit Rohprodukten, auf deren Bezug es aufs Ausland angewiesen ist. Dieser Ausfall könnte jedoch anderswoher gedeckt werden. Dies würde zwar die deutsche Volkswirtschaft schädigen, aber der Schaden für die britischen Kolonien wäre viel grösser und nicht zu ersetzen. Es ist zum Beispiel nicht anzunehmen, dass bei einem so wichtigen Rohstoffe wie die Wolle Australien auf eine Ausfuhr nach Deutschland verzichten würde allein wegen der dadurch erzielbaren höheren Verkaufspreise. Die Bezahlung deutscher Importe aus den britischen Kolonien kann wegen der in ihnen bevorzugten Stellung Englands allein durch die Vorzugszölle nicht direkt in genügendem Masse erfolgen; das zeigt folgende Gegenüberstellung:

1913 England

Gesamtausfuhr	10,505	Milliarden Mark
Nach den Britischen Kolonien	4,102	„ „

1913 Deutschland

Gesamtausfuhr	10,096	Milliarden Mark
Nach den Britischen Kolonien	454	„ „

Deutschland bezahlt seine britischen Kolonialimporte durch seinen Export nach England. Somit ist die Wichtigkeit Englands für Deutschland bezeichnet. Deutschlands Zufuhren aus England sind nicht bedeutend, da sie zum grossen Teile aus Industrie-Produkten bestehen und daher im Lande selbst erzeugt werden könnten. Im Gegenteil ist England in hohem Grade auf die deutschen Zufuhren angewiesen. Zum Beispiel sei der Bedarf an chemischen Produkten erwähnt; darin liegt die Stärke Deutschlands. Ohne die deutsche Zufuhr wäre England nicht imstande, seine Kolonien selbst in diesem Masse zu versorgen wie von der Hand. Die englischen Abschlussbestrebungen erscheinen daher als ein zweischneidiges Schwert, bei deren Verwirklichung England wohl nicht auf seine Kosten kommen würde.

Ferner soll noch Albert Schaeffle erwähnt werden. In seinen Kern- und Zeitfragen, die nach den Dezember-Handelsverträgen des Jahres 1891 erschienen, die er selber als eine Art Glaubensbekenntnis seinerseits bezeichnet, setzt er sich des Näheren mit der kommenden Welthandelspolitik England's und Europa's auseinander. Bei Würdigung der damaligen Handelspolitik kommt er zu dem Schlusse, dass Deutschland Russland und den Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber in der Tat im Nachteile sei. Es könne kein Zweifel bestehen über die Zwangslage der mitteleuropäischen Staaten, in der sie sich durch die Schutzzölle Russland's und Amerika's befinden. Diesen misslichen Zustand erklärt er lediglich als Folge der absolut freihändlerischen Passivität England's gegenüber der amerikanischen und russischen Handelspolitik. Wenn England und die mitteleuropäischen Staaten Hand in Hand gingen, hätte die russische und amerikanische Handelspolitik niemals diese Richtung einschlagen können. Nicht der kontinentale Hochschutz sei die Ursache, viel mehr der englische Freihandel sei schuld daranwegen seiner Gleichgültigkeit und Festhalten an dem Manchesterglauben. England würde jedoch seine falsche Taktik einsehen, wenn es seine Industrie durch die amerikanische und russische gefährdet sieht. Daher sei es notwendig, dass ganz Mittel- und Westeuropa, soweit es auf Industrie-Export und Rohstoff-Import angewiesen ist, mit England an der Spitze, sich gegenüber den aufstrebenden Riesenreichen über gemeinsam zu wahrende Interessen einig würden. In England seien jedoch in der letzten Zeit imperialistische Gedanke entstanden, der Wunsch nach einem Welt-Britannien sei wach geworden. Wenn aber England dadurch die bisherige freetrade-Passivität fallen liesse nnd ein durch fairtrade bedingtes Weltgleichgewicht herbeiführen würde, so könnte Deutschland und Mitteleuropa seine Interessen am Besten durch Anschluss an England wahren. Welt-Britannien und Mittel-Europa wären imstande, der amerikanischen und russischen Macht ein Gegengewicht zu bieten. Durch gemeinsame Retor-

sionen wäre ein amerikanischer oder russischer Prohibitionismus ausgeschlossen und dadurch der Anfang zum Freihandel gelegt. Die Gefährdung einer mitteleuropäischen Nation seitens Russland's wäre somit ausgeschlossen. Frankreich müsste sich in eigenem Interesse diesem Bunde anschliessen. Das ganze alte Europa würde an Macht den neuen Weltreichen gewachsen sein. Mitteleuropa würde seine Freiheit wahren ohne Preisgabe seiner Industrie an England und seiner Landwirtschaft an Russland. Ein gedeihliches Welthandelsgleichgewicht wäre für lange Zeit gesichert. Er selbst bekennt sich in seinen Lebenserinnerungen, dass ihm schon 1858 bei seinem ersten Besuche in Wien namentlich durch den Verkehr mit dem Sektionschef im Handelsministerium von Hock vor allem eine Einigung Deutschland's und Österreich's nahe lag. Er berichtet hierüber: die Hauptwirkung des Wiener Besuches war handels- und volkswirtschaftlichen Inhaltes. Der von da ab rege Verkehr mit von Hock machte mich von 1858 an schon zum begeisterten Anhänger der Zolleinigung Deutschland's und Österreich's, der Herstellung eines grossen zusammenhängenden, mitteleuropäischen Verkehrs-Gebietes, welches von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer, von der Ostsee bis zur Adria reichen sollte. Diesen Gedanken habe ich von da an unverrückt festgehalten. Seine Verwirklichung war möglich, wie auch nachträglich die staatsrechtlichen Verhältnisse zwischen Preussen, den Mittelmächten und Österreich wieder innerhalb Österreichs, zwischen dessen einzelnen Kronländern sich gestalten mochten. Der verfassungspolitische grossdeutsche Gedanke war in jenen Jahren noch nicht massgebend für mich gewesen. Schon im Jahre 1858 schrieb ich den Artikel „Wiener Zollkonferenzen" im Interesse der Fortbildung des Zolleinigungs-Vertrages vom 19. Februar 1853, für welchen ich die nächsten sieben Jahre so viele und scharfe Lanzen, oft vielleicht zu ungestüm, gebrochen habe.

Er selbst sagt von seiner Betätigung um die Mitteleuropäische Handels- und Zoll-Union, dass er bei diesem

Kampfe in die vorderste Linie geraten sei und dass er mit Lust und Begeisterung gefochten habe. Der Gedanke der Deutsch-Österreichischen Zolleinigung ist für ihn die erste zu lösende Aufgabe positiv-grossdeutscher Politik. Das Fehlschlagen der Handels- und Zolleinigung, schreibt er, zwischen Österreich und dem Zollverein erscheint mir wenigstens als eine der grössten Einbussen, welche das Deutschtum in Österreich und nach dem Orient hin erlitten hat. Nur bei möglichster Verkehrsgemeinschaft konnte der deutsche Einfluss rasche und grosse Eroberungen machen. Die Einigung war ein deutsches Interesse allerersten Ranges. Mit grösster Befriedigung denke ich daher an meine nun geschilderte Teilnahme an den Bestrebungen der Jahre 1853 bis 1863 zurück. Ich lebe mehr den je der Hoffnung, dass dieselbe Absicht allmählich, wenn auch sehr langsam, zu voller Anerkennung gelangen wird.

Er unterschätzt die nunmehr eingetretenen Schwierigkeiten keineswegs, wenn der Kontinent Russland, Nordarmerika und dem Greater Britain der Engländer gegenüber sich nicht handelspolitisch verzwergen will. Heute würde man froh sein, bemerkt er treffend, wenn nach der Entscheidung über die Hegemonie im Prager Frieden der handelspolitisch weitere Bund mit Oesterreich stabilisiert worden wäre. Er sieht also, ähnlich wie Roscher und List, die Hauptgefahr in Amerika, aber er sieht sie auch im gleichen Masse in Russland. Er hält daher den Zusammenschluss Mitteleuropas nicht nur gegenüber Amerika, sondern auch gegenüber Russland für geboten. Dadurch wäre zweierlei erreicht. Erstens würde England dazu beitragen, den Prohibitionismus der genannten Staaten zu brechen, und zweitens würde ein solches Gegengewicht Amerika und Russland gegenüber entstehen, dass der Übergang zum Freihandel eine sich von selbst ergebende Konsequenz wäre. Der Abschluss und die Absonderung Englands allein wäre eine Gefahr für Mitteleuropa und nur durch einen Anschluss an England könn-

ten die mitteleuropäischen Staaten ihre industrielle und agrarische Selbständigkeit wahren.

Dass für Deutschland die russische Gefahr mit der amerikanischen gleichbedeutend wäre, ist jedoch vorläufig zu bezweifeln. Unzweifelhaft ist Russland mit seinem Länderumfang und seiner Bevölkerungszahl ein nicht zu leugnender, gefährlicher Faktor.

So betrug die Einwohnerzahl des europäischen Russland 1910 117,3 Millionen Einwohner, ohne Kaukasus und Finnland, also doppelt so viel wie Deutschland, ganz Russland zweieinhalb Mal so viel. 1912 betrug der Zuwachs des europäischen Russlands mehr als zwei Millionen, Deutschland's 840000, von 1879 bis 1910 25 Millionen, Russland's 45 Millionen. Diesem Bevölkerungszuwachs und diesem Länderkomplex entspricht jedoch nicht im Geringsten die wirtschaftliche Lage Russland's; namentlich in finanzieller Hinsicht wird es durch den Krieg besonders in Mitleidenschaft gezogen, was bei Amerika das Gegenteil ist. Die Schuld Russland's betrug am 1. August 1914 18,4 Milliarden Mark. Die Stabilität der Valuta beruht lediglich auf der Aktivität der Handelsbilanz. Als Hauptsache ist zu erwähnen die starke Abhängigkeit Russland's vom deutschen Handel Es möge hier ein Bericht des „Board of Trade Journal" vom 2. März 1916 genügend erscheinen, um diese Tatsache zu würdigen. Er berichtet unter anderem: Die Baumwollweberei sei in deutschen Händen. Die Baumwollbörse in Moskau stehe unter deutscher Aufsicht. Amerikanische

Baumwolle kommt über Bremen nach Russland, ebenso der Kupfer- und Techandel, der Handel mit Zink und Baumaterialien. 84% der elektrotechnischen Werke seien deutsche Firmen. Es betrug die Einfuhr nach Russland aus:

	Gr.-Britannien und Irland	Deutschland
1912	139250000 Rbl.	519114000
1913	170352000 „	642756000
1914	166911000 „	248677000

Die Ausfuhr aus Russland betrug nach:

	Gr.-Britannien und Irland	Deutschland
1912	327187000 Rbl.	453743000
1913	267009000 „	452572000
1914	187286000 „	248677000

Die Einfuhr Deutschland's nach Russland ist demnach beträchtlich, doppelt so gross wie aus England. Andere Länder kommen fast gar nicht in Betracht. So betrug die Einfuhr nach Russland aus allen anderen Ländern zusammen:

1912	1036685000 Rbl.
1913	1220539000 „
1914	936249000 „

Die russischen Bestrebungen, dieser Abhängigkeit von Deutschland sich zu entledigen, werden daher in absehbarer Zeit scheitern müssen wegen der kulturellen und politischen Zustände im eigenen Lande. Für Deutschland ist das jedenfalls ein genügend günstiger Faktor.

Wir haben gesehen, wie gegenüber den aus der Natur der Umstände sich ergebenden Bestrebungen Amerika's, Russland's und England's, wie sie in der Manroe-Doktrin, im Panslavismus und in den Ideen Chamberlain's ihren Ausdruck finden, deutsche Politiker ein grösseres Wirtschaftsgebiet für ihr eigenes Vaterland erstreben. In Deutschland ist dieser Gedanke um so viel neuer, als er ihn erst, um nicht zum Staate zweiter Ordnung herabzusinken, als Wunsch seiner Politik ausbilden musste, was bei den anderen erwähnten Staaten zum Teil schon vorhanden und verwirklicht war, sich demgemäss nicht als ein machtpolitisches, neuartiges Bestreben darstellt, vielmehr das Gewordene in feste Formeln zu fassen sucht. Somit lässt sich auch, teils wegen ihrer Neuartigkeit, teils wegen ihrer Aktualität das grosse Interesse seit etwa vierzig Jahren für diese Frage in Deutschland erklären und dadurch jedes scheele Blicken und geflissentliche Missdeuten seitens des Auslandes. Was die anderen Staaten, besonders Russland, England und Amerika als jura quaesita betrachten, als selbstverständlich für sich in Anspruch nehmen, das soll Deutschland sogar zu wünschen verboten sein. Es erschöpft sich das Streben der europäischen Politik nicht nur in europäischen Interessen; man sieht mit dem wachsenden Welthandel die Interessen auch der grossen Politik und damit der Staatenbildung die ganze Welt als ihr Wirkungsfeld in Anspruch nehmen. Wie man seit dem 15. Jahrhundert von einer europäischen Politik erst sprechen kann, wo nichts in Europa vorgehen konnte, ohne dass nicht alle Staaten daran interessiert wären, so kann man dasselbe seit dem 19. Jahrhundert von der ganzen Welt sagen. Kein qualitativer, sondern ein grosser quantitativer Unterschied ist eingetreten. Besonders scheint das in der Gegenwart der Fall zu sein, wo auch die entferntesten Länder und Gebiete zumindest als Interessensphäre eines Staates gelten und dadurch die ehemalige Ausdehnung, so wie sie einst stattfand, ausgeschlossen ist. Der Kampf um die Existenz eines Staates wird zum Kampf um seine Weltgeltung. Die seit 1904 ungefähr ersichtliche Abkehr England's von Deutschland und seine Alliance mit Russland und Frankreich erscheint als Konsequenz gegen derartige Machbestrebungen Deutschland's. Und erst in diesem Zeitpunkte scheint der Gedanke eines mitteleuropäischen Wirtschaftsblockes gerechtfertigt. Dem breiten Publikum ist er erst durch diesen Krieg, der doch nur die Auslösung der vorhergehenden Politik ist, klargeworden. Dies beweist die erst während des Krieges einsetzende Flut von Schriften über dieses Thema.

Als charakteristisches Merkmal der imperalistischen Bestrebungen Mitteleuropas möchte ich den Punkt auffassen und bezeichnen, dass Mitteleuropa stets als eine Gemeinschaft der Parität und der Gleichberechtigung der einzelnen Staaten aufgefasst wird. Schon List sah eine Union, die aus vorwiegender Machtstellung eines einzelnen Staates entsprungen ist, für nachteilig an für die gemeinsame Entwickelung. Bezeichnend ist hierfür das Verhalten Deutschland's einerseits und England's und Russland's andererseits der Türkei gegenüber. Das mag man aus geographischen Lage folgern, wir wollen es auf jeden Fall als ein Grad höherer Kultur gebucht wissen. Die Türkei sollte nach siegreichem Kriege von Russland und England aufgeteilt werden; Deutschland will eine selbständige Türkei. Durch den Bau der anatolischen Bahn und die Hauptbeteiligung an der Bagdad-Bahn sollte der wirtschaftliche und militärische Grund für die selbständige Entwicklung der Türkei gelegt werden. Schon in dem allmählichen Werden und Entstehen des deutschen Reiches und den Beziehungen Deutschland's zu Oesterreich, lässt sich die Verwirklichung dieser Auffassung feststellen. In dem Aufbau der gegenseitigen Beziehungen Oesterreich's zu Deutschland lassen sich drei Perioden unterscheiden; die erste von 1816 bis 1848, die sich durch eine Interessenlosigkeit Oesterreich's für den Anschluss an den deutschen Zollverein auszeichnet, die zweite Periode, in der Oesterreich eine Zolleinigung anstrebt, die jedoch aus politischen Rücksichten nicht zustandekommt.

Die dritte, von 1865 bis 1914, wo beide Staaten unbekümmert um gegenseitige Interessenergänzung ihre Zollpolitik auf eigene Faust und nach eigenem Gutdünken richten. Jetzt liegt es nahe, dass die vierte Periode die Lösung in positiver Hinsicht bringen wird. Die zwingenden Tatsachen dieses Krieges scheinen die Lösung aufgenötigt zu haben. Jetzt ist von einem Nichtwollen oder Nichtkönnen nicht mehr die Rede, jetzt heisst es Müssen, wo keine Opportunitätsgründe im Spiele sein können, wo es sich vielmehr um eine Existenzfrage handelt.

Hier in diesem Zusammenhange interessiert uns besonders die zweite Periode von 1848 bis 1865, weil in diese Zeit die Tätigkeit des Freiherrn Karl Ludwig von Bruck fällt. Um jedoch diese richtig zu würdigen, ist es notwendig, auch etwas die Zeit vor und nach seiner Tätigkeit ins Auge zu fassen, um den richtigen Gegensatz herausfühlen zu können.

Im damaligen Deutschland, um 1800, konnte von einer staatlichen Zoll- und Handelspolitik gar keine Rede sein. Am 15. Juli 1775 schuf Maria Theresia eine Zollordnung für die Deutsch-Oesterreichischen Länder, wobei jedoch Ungarn und Tirol selbständig blieben. Der Anschluss dieser Länder erfolgte erst Ende der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts. Das protektionistische System überwog; man war von dessen Richtigkeit aufs Tiefste überzeugt, trotzdem der bekannte Konservative von Stahl, Präsident der Kommerce- und Hofkommission 1806—1810, sich entschieden dagegen aussprach. In Deutschland bestanden mehr als 60 Zollsysteme und Tarife, sodass es schwer fällt, sich von diesem Zustande heute ein richtiges Bild zu machen. Bis zum Regensburger Reichsdeputations-Hauptschluss vom Jahre 1803 hatte Deutschland etwa 300 Gebiete weltlicher oder geistlicher Herrschaft, die auch in zoll- und handelspolitischer Hinsicht souverän sein wollten. Die Zölle, lediglich als Finanzzölle begründet, gingen Hand in Hand mit der politischen Zersplitterung. Von einem nationalökonomischen

Grundsatz war keine Rede. Erst Preussen schuf für seine Länder durch das Zollgesetz von 1818 ein grösseres einheitliches Zollgebiet, wodurch es dem in allen grösseren Staaten damals geltenden Prohibitiv-System entsagte. Im übrigen Deutschland erregte dieses Gesetz nicht nur Aufregung, sondern auch Unwillen. Damals war man noch nicht imstande, diese grosse Idee richtig einschätzen zu können. Die Kraftlosigkeit des Deutschen Bundes erschien im klarsten Lichte. Der Bundestag war nicht imstande, diese Frage energisch selbst in die Hand zu nehmen und zu erledigen. Den einzelnen Regierungen fehlte es an der nötigen Erkenntnis. „Alle Versuche dieser Art mussten entweder an dem Widerwillen der kleineren Staaten, sich grösseren unterzuordnen, oder an Sonderinteressen, da manche Bundesglieder nicht gewillt sein möchten, Handelsinteressen ihrer Hauptstaaten denen der Bundesstaaten unterzuordnen, scheitern."[1]) Der Deutsche Bund artete in einen Handelskrieg zwischen seinen Bundesmitgliedern aus. Preussen sah nur in einer solchen Zollvereinigung Deutschlands einen Vorteil, in der es allein die gemeinschaftlichen Anordnungen ausführen konnte. Verwaltung und Vertretung im Auslande wollte es für sich allein in Anspruch nehmen. Wegen der daraus entstandenen Rivalität kam es zwischen Preussen und Österreich zu keiner grossen Einigung. In der Wiener Konferenz von 1819 trat es klar zu Tage, dass Österreich auf keinen Fall sein prohibitives Zollsystem fallen lassen würde. Preussen hielt an seinem freiheitlichen Systeme fest, wodurch eine Einigung ausgeschlossen war. Sogar Metternich strebte 1821 eine Einigung und einen freieren Verkehr an. Hauptsächlich aus politischen Rücksichten strebte er bis 1848 für den Eintritt Österreich's in den Zollverein. Preussen gelang es nach grossen Schwierigkeiten, den preussisch-hessischen und süddeutschen Zollverein zusammenzufassen. Der 1833 gegründete Zollverein entwickelte sich in politischer wie wirtschaftlicher Hinsicht

[1]) Weber

auf das Günstigste. Die nationale Bedeutung, die der Bundestag nicht zu erreichen vermochte, fiel ihm zu und entwickelte sich rasch an Hand der materiellen Grundlage. 1829 berichtete der österreichische Gesandte in Berlin an Metternich: Preussen würde sehr gerne die Hand bieten, auch gegen Österreich Erleichterungen eintreten zu lassen, und eine Milderung der bisherigen Strenge würde beiderseits wesentliche Vorteile gewähren. Auch berichtete der sächsische Gesandte an ihn, welche Wichtigkeit die Einverleibung der mitteldeutschen Staaten und das Wohl von Deutschland an und für sich habe, und die kaiserliche Regierung dürfte auch in den politischen Konjunkturen und sonst hinreichende Gründe finden, die Existenz und weitere Ausbildung des Handelsvereins durch besondere Massregeln zu sichern und zu diesem Behufe die Strenge ihres Zollsystemes den Vereinsstaaten gegenüber einigermassen zu mildern. Auf die diesbezügliche Anfrage Metternichs an die Hofkammer antwortete diese, dass Handelsverträge mit gegenseitigen Zollbegünstigungen für Ein- und Ausfuhr nicht im Interesse Österreichs zu liegen schienen, da derartige Verträge unter allen Umständen den Nachteil mit sich führen, die freie Bewegung zu hemmen, auch ein Hindernis bilden, die Zollgesetze und Tarife nach Mass veränderter Verhältnisse der inländischen Industrie und der Handelskonjunktur im eigenen Interesse abändern zu können. Österreich blieb auch damals, wie bei allen grösseren geistigen Bewegungen, passiv. Im Gegensatz zu anderen deutschen Ländern blieb es auch in handelspolitischer Hinsicht reaktionär gesinnt. Es sträubte sich nicht nur gegen jeden wirtschaftlichen Fortschritt. So fand auch der Zollverein kein Verständnis bei der österreichischen Regierung, was nicht zumindest aus seiner Zufriedenheit wegen der zu nichts führenden Verhandlungen im Bundestag sich offenbarte. Es vermochte auch in der Tat wegen seiner inneren Zustände nicht dasselbe den anderen deutschen Staaten zu bieten wie Preussen. Es begnügte sich mit Intrigen und Anspielungen über die preussische Hegemonie an den einzelnen Höfen. Die seinerseits an-

gebotenen Handelsverträge waren nicht ernst gemeint. Aus diesem Grunde auch kamen die Verhandlungen mit Bayern zu keinem Ergebnis. Bis zum letzten Augenblicke glaubte auch Österreich nicht an das Zustandekommen eines Zollvereins. Die vollendete Tatsache traf es sehr überrascht. Aber auch angesichts dieses Erfolges dachte es nicht an seinen Fortschritt. Der Zollverein wurde 1841 auf weitere 12 Jahre verlängert.[1]) „Die Eintracht wurde gefördert und die Hoffnung auf eine gedeihliche Entwicklung, sowohl der inneren Wohlfahrt, wie der politischen Stellung des Zollvereins, fest begründet". Die politischen Vorgänge der Jahre 1848 und 1849 hatten in den Zollverein ein stark politisches Moment hineingebracht, das namentlich im Verhältnisse Österreich's zu Preussen seinen Ausdruck fand. Dies trat auch bei der Erneuerung der Verträge klar zu Tage. Die auf Grund der in Österreich vom 1. April 1836 geschaffenen neuen Zollordnung einsetzenden Bestrebungen eines Handelsvertrages zwischen Österreich und dem Zollverein scheiterten an dem österreichischen Zollsystem. Indessen mehrten sich von Jahr zu Jahr in Österreich die Stimmen zwecks Milderung des Prohibitiv-Systems und Annäherung an das Zollsystem des Vereins. Auf Veranlassung des Präsidenten der allgemeinen Hofkammern, Freiherr von Kübeck, wurde 1840 in der Kommission des Wiener Gewerbevereins der Anschluss an den Zollverein erwogen. Alle Beteiligten setzten sich dafür ein. Die österreichischen Staatsmänner sahen die grossen Vorteile des deutschen Zollvereins ein und wussten seine Entwicklung zu würdigen. Es wurde ihnen klar, dass dadurch die Suprematie Österreich's ernstlich erschüttert sei, und dass es notwendig sei, die abwartende Stellung zum Zollverein zu ändern und das österreich'sche Zollsystem einer Revision zu unterziehen. Metternich legte 1840 in einer Denkschrift die Vorteile des Zollvereins dar, die Notwendigkeit von Reformen und die Nachteile für Österreich, wirtschaftlich von

[1]) Weber.

dem übrigen Deutschland abgeschlossen zu werden. In einer Denkschrift vom 20. Oktober 1840 schreibt er: „Die Vereinigung der deutschen Territorien wird bald vollendet sein, und dann wird der vereinigte deutsche Handelsmarkt den angrenzenden Staaten jene Verhältnisse abzuzwingen suchen, die seinen Interessen frommen dürften". Der Antrag Metternich's im November 1841 an die Staatskonferenz zwecks Anschlusses und der Möglichkeit eines solchen Österreich's an den Zollverein blieb ohne Erfolg. Als Gründe waren angegeben die Stellung Ungarn's, das nur politisch verbunden war und nicht administrativ. Die Staatskonferenz sprach sich zwar für die Vorteile einer Zolleinigung aus, aber es fehlte an durchgreifender Energie. Die Schwierigkeiten, die Ungarn bot, schienen Österreich grösser, als diejenigen Preussen's und des Zollvereins. Die Nichtbeachtung der materiellen Interessen seitens Österreich's seit 1819 war auch nicht mehr gutzumachen. Preussen hatte diese zu eigener Vormachtstellung ausgenutzt, und es war jetzt keinesfalls gewillt, diese nunmehr mit Österreich zu teilen. Die Anschlussbemühungen der süddeutschen Staaten an Österreich blieben ohne Erfolg. Österreich's fortschrittliches Streben verlief im Sande. So führten auch die Verhandlungen mit Preussen 1847 zu einem minimalen Erfolge. Der Vertrag vom 19. November 1847 vereinbarte: Erleichterung des Grenzverkehrs für Leinengarne und Leinwand, Regelung desselben für landwirtschaftliche Produkte und evtl. Ausdehnung auf andere Gegenstände. Es war wirklich nicht viel.

Die nun folgenden Jahre, die Reformen der Jahre 1848 bis 1851, schlugen die Brücke von dem alten Oesterreich zu dem neuen unserer Tage. Sie gehören zu den besten Schöpfungen des österreichischen Staates. Das 19. Jahrhundert brachte die Menschen ökonomisch näher, und das waren stärkere Bande als politische. Darin bestand auch die wichtigste Triebfeder für die Bestrebungen zur Einigung Deutschland's. In dieser Zeit tritt uns ein Mann entgegen, Freiherr von Bruck, der unser besonderes Interesse erweckt, was Vereinigung und Förderung der Zollunion zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland betrifft. Bruck lebte von 1798 bis 1860. Von 1848 bis 1851 war er Handelsminister, von 1855 bis 1860 Finanzminister in Oesterreich. Als Sohn eines Buchhändlers zu Elberfeld durfte er auf eine glänzende Laufbahn zurückblicken. Seinen weiten Blick gewann er in Triest, wo er auch den Anlass zur Errichtung des österreichischen Lloyd gab in richtiger Erkenntnis der Wichtigkeit einer eigenen Seeschiffahrt für ein Land. 1848 wurde er Mitglied des Frankfurter Parlaments und Vertreter Oesterreich's. Im November desselben Jahres wurde er zum Handelsminister ernannt. „Körperlich und geistig das Mass eines jener Bürgermeister, von denen die Hansa in den Tagen ihrer Blüte gelenkt wurde. Etwas Waghalsiges lag in seinen Entwürfen, ob er als Handelsherr oder als Staatsmann wirkte".[1]) Weber nennt ihn in einem Satze mit dem Fürsten Schwarzenberg und sagt, dass beide an Begabung die gewöhnlichen Koryphäen des oesterreichischen Adels und der oesterreichischen Bürokratie weitaus überragten und der oesterreichischen Politik eine Energie und praktische Richtung gaben, deren sie bisher so sehr entbehrt hatte. Als Charakteristik Bruck's sei hier ein Brief von Hock's, dem Sektionschef im Finanzministerium, vom 27. April 1860 anlässlich des tragischen Endes von Bruck erwähnt: „Ich kannte ihn seit 1842 von Triest her. Die Grösse und Hochherzigkeit seiner Ansichten, die Genialität seiner Entwürfe, der Reichtum seiner Erfindungsgabe, sein edles und mildes Wesen, die bezaubernde Liebenswürdigkeit seines Umganges waren überwältigend. Die Zeit, die ich mit ihm gearbeitet, rechne ich zu der genussreichsten meines Lebens, namentlich jene während seiner ersten ministeriellen Tätigkeit im Handelsministerium. Sein trauriges Ende hat aber leider noch eine andere als moralische Bedeutung. Ich halte sie politisch für eine der tiefsten Wunden die

[1]) Friedjung.

Oste reich hat. Ungeachtet sein Ansehen im Auslande gesu ken war, galt er noch immer als einer der rettenden Geist er Österreich's, auf ihn hofften dessen Freunde, er war ein Band zwischen Österreich und Deutschland. Sein Tod ist ein positiver Schade. Alle Reaktionäre, alle Ultra, alle Prohibitionisten, Zünftler, Feinde der Einigung mit Deutschland, Antizentralisten, aller Kehricht der Rumpelkammern wird zur Geltung kommen und aus seinen Fehlern auf jene des Systems schliessen, das er vertreten. Vor grossen, kühnen und freien Gedanken wird man fortan zurückschrecken, alle Mittelmässigkeit wird sich in vollem Rechte glauben. Die gegenwärtige Unentschiedenheit und Unentschlossenheit, das Misstrauen und der Argwohn des Kaisers wird sich steigern und weiss Gott, wir bedürfen der entscheidenden Tat!". Bezeichnend auch für die damalige Schwierigkeit eines österreichischen Ministers und die volle Würdigung Bruck's ist folgende Stelle: „Finanzminister oder überhaupt Minister Österreich's zu werden ist eine Mission, ein Prophetentum, oder Apostolat, dem man sich nur dann unterziehen darf, wenn man unzweifelhaft weiss, es ist Gottes Wille und nicht der eigene, der es uns auferlegt". Die Bemühungen Bruck's um die handelspolitische Einigung Mitteleuropa's, schreibt Friedjung, haben bisher in den gelesensten Büchern über die deutsche Geschichte jenes Zeitraumes nicht die verdiente Würdigung gefunden, nur in Österreich schätzt man seinen Verdienst nach Gebühr. Die Gründe hierfür sind einleuchtend. Der deutsche Zollverein war der Vorläufer der politischen Einheit der Nationen unter Führung Preussens und er konnte diesem Zwecke nur dann dienen, wenn Österreich ausgeschlossen blieb. Deshalb fassen viele deutsche Historiker jeden entgegensehenden Versuch Österreich's als bösartigen Anschlag auf die künftige Grösse und Einigung ihres Vaterlandes auf. Diese Tradition wurde von Treitschke, Sybel und ihrer Schule wie ihr Augapfel gehütet. Er sagt weiter darüber, dass man dadurch dem Wirken Bruck's nicht gerecht werde. Bruck liess vielleicht das politische Moment ausserhalb seiner Erwägungen. Er betrachtete nur das, was volkswirtschaftlich seiner Nation frommte. Es sei auch nicht zu bezweifeln, dass die damalige Einigung Deutschland's und Österreich's grosse wirtschaftliche Erfolge gebracht hätte. Geeinigt würden sie die ganze Balkanhalbinsel in ihren Bereich gezogen haben. — Bruck's Pläne sind besonders in seinen Denkschriften niedergelegt, die den Kern und das hohe Ziel seiner Bestrebungen deutlich erkennen und würdigen lassen. Bei seiner Tätigkeit darf auch nicht ausseracht gelassen werden, dass ausser anderen zu überwindenden Schwierigkeiten damals gerade Österreich mit den grössten Schwierigkeiten in finanzieller Hinsicht zu kämpfen hatte[1]). „Fast schien es, als ob diese geistige Arbeit ganz verloren sei, aber es kann früher oder später der Tag kommen, da die deutsche Nation von dem Drange nach Osten erfasst wird und sich erinnert, wie Friedrich List als genialer Anreger und Karl von Bruck als praktischer Staatsmann über diese Dinge gedacht haben. Taucht die Idee der handelspolitischen Einigung Mitteleuropas wieder einmal auf, dann wird man auf die geistige Arbeit dieser Männer wieder zurückgreifen müssen."

Die jetzige Zeit hat die Notwendigkeit ausgelöst, dieser Männer zu gedenken. Und hier bewahrheitet sich der Satz, dass nur darüber die Nachgeboren nicht geringschätzend und egoistisch urteilen, was für sie selbst als von Bedeutung erscheint. Bruck selber war sich über die Schwierigkeiten seines Planes vollkommen im klaren. Ganz genau verstand er die Realitäten als praktischer Mann einzuschätzten. So schreibt auch Hock: „Der Minister Bruck verhehlte sich nicht, dass bis zur gänzlichen Durchführung seines Planes noch lange Jahre verstreichen, dass Personen und Systeme wechseln, harte Kämpfe zu bestehen sein würden; allein er zweifelte keinen Augenblick an dem endlichen Siege und dessen vollgültiger Bedeutung".

---

[1]) Friedjung.

Am 26. Oktober 1849 tritt Österreich zum ersten Male mit Zolleinigungsgedanken auf und zwar in einer Reihe von offiziellen Artikeln der Wiener Zeitung, ein Jahr kaum nachdem Bruck Handelsminister geworden war. Hiermit setzten seine Bemühungen für eine österreichisch-deutsche Zolleinigung ein. Zum ersten Male sah man von österreichischer Seite den aufrichtigen Willen, ein geeintes, grosses Deutschland zu schaffen. Der Gedanke eines ganz Mitteleuropa umfassenden siebzig Millionen-Reiches ist der Initiative Bruck's zuzuschreiben. Die Verwirklichung dieser Idee blieb sein Bestreben. Zweierlei war hierfür Voraussetzung: zunächst Österreich-Ungarn zollpolitisch zu einigen und dann das Verbotssystem in Österreich abzuschaffen. Beides ist ihm gelungen. Die letzte Stufe seines Planes, Österreich und Deutschland zu einem Zollgebiete zu vereinigen, erreichte er nicht, glaubte jedoch fest an die frühere oder spätere Verwirklichung des Planes. Zur Seite standen ihm als tüchtige Mitarbeiter namentlich Hock und der bekannte Statistiker Czoernig. Die Artikel besprachen die in Österreich auszuführenden Reformen und die dadurch ermöglichte Annäherung an den Vereinszolltarif. Nach einem abgeschlossenen Handelsvertrag sollte die definitive Einigung erfolgen. Im Jahre 1849 berief Bruck eine Kommission zur Abänderung des Zolltarifs. Was den Vorschlag der Annäherung an Deutschland betrifft, so hiess es: ‚Hierfür raten nicht bloss die Rücksichten auf Erleichterung des kaufmännischen Verkehrs, sondern in noch höherem Masse die auffälligen Vorteile, die für Österreich in politischer und kommerzieller Beziehung aus der möglichen Annäherung zur völligen Gleichmässigkeit der Gesetzgebung mit Deutschland hervorgehen.“ Am 30. Dezember 1849 erschien eine Denkschrift von Bruck, in der er seine Ansichten genau auseinandersetzte. Er bekannte sich auch zu den in der Wiener Zeitung gemachten Vorschlägen. Die Denkschrift erörterte die Möglichkeit einer Zolleinigung und die Vorteile, die daraus sich für den freihändlerischen Norden ergeben müssten. In Österreich

würden die inneren Schranken beseitigt werden. Es sollte eine Zollkonferenz von Bevollmächtigten Österreich's und der verschiedenen deutschen Handelsvereine einberufen werden. Gegenstände der Verhandlung gäbe es genug, besonders zollfreie Ein- und Ausfuhr von Rohstoffen, Nahrungsmitteln und einigen Halbfabrikaten, gemeinsame Handels- und Schiffahrts-Politik, gemeinschaftlicher Abschluss von Handelsverträgen, endlich der Entwurf eines deutsch-österreichischen Zolltarifes. Übergang zur vollen Einigung sollte möglichst schnell und zwar in vier Perioden erfolgen.

1. Zunächst innere Reformen und dadurch möglichste Annäherung der beiderseitigen Tarifsätze. In Österreich Beseitigung der Zölle auf Roh- und Färbestoffe, Ersetzung der Verbote und Prohibitiv-Zölle durch Schutzzölle, Aufhebung der Zollschranken im Innern. Zollfreier Austausch aller Roherzeugnisse und Nahrungsmittel und der rohen Metalle. Erleichterung des Grenzverkehrs und zollfreie Durchfuhr. Vorbereitung und Abschluss von Konventionen über gemeinsames Münz-Mass-Gewichts-System, Handel, Wechsel- und Seerecht, Gewerbe- und Heimats-Gesetzgebung, Flusschiffahrt, Post-,Eisenbahn- und Telegraphenwesen.
2. Ermässigung der tarifmässigen Zollsätze von Manufakturerzeugnissen auf Dreiviertel. Erleichterung der Grenzverwaltung.
3. Herabsetzung der Zölle auf die Hälfte, Annäherung der Finanzzölle und gemeinsame Seeschiffahrt.
4. Aufhebung der Zölle auf Manufakturwaren, gemeinsames Schiffahrtsgesetz, auswärtige Vertretung und Handelspolitik.

   Der letzte Schritt: Völlige Zolleinigung mit allgemeinem österreichisch-deutschem Zoll-Tarif wird durch einen neuen Vertrag geregelt. Bei solcher Fürsorge könne das ersehnte Ziel in 12 Jahren erreicht werden.

Er fasst den ganzen Plan in folgender Weise; 1. Allseitige,

unmittelbare Reform des Zollwesens, wie in Österreich, so auch in den verschiedenen deutschen Handelsgebieten, im Sinne eines nationalen Schutzsystems zu dem Ziele, den Abschluss der Zolleinigung zwischen Deutschland und Österreich zu erleichtern und herbeizuführen; 2. zur Verständigung über die geeigneten dahinführenden Wege und Massregeln, sowohl was das möglichst gleiche Zolltarif-System gegen das allen gemeinsame Ausland, als was die gleichartigen, zweckmässigen, gleich strengen und korrekten Erhebungsnormen betrifft, tritt binnen kürzester Zeit eine allgemeine Zollkonferenz zusammen, zu welcher Österreich und die verschiedenen deutschen Handelsgruppen ihre Bevollmächtigten und Stellvertreter mit genügender Vollmacht absenden; 3. ausser diesem allgemeinen leitenden Zwecke liegen dieser Zollkonferenz noch folgende Aufgaben zu erfüllen ob a). sofort alle tunlichen, wechselseitigen Erleichterungen im Grenzverkehr bei der Ein-, Aus- und Durchfuhr, sowie in der Grenzbewachung einzuleiten. b). Die Fluss- und See-Schiffahrt nach übereinstimmenden Grundsätzen zu regeln, gleiche Behandlung der Schiffe auf den Flüssen und in den beiderseitigen Häfen. c). Erleichterungen im gegenseitigen Austausch der eigenen Erzeugnisse anzubahnen, indem bei solchen, welche durch einen gleichen Grenzzoll gegen das allgemeine Ausland und die fremde Konkurrenz zu schützen sind und die sich daheim einer ziemlich gleichen Ausbildung erfreuen, allmählich bis zur völligen Zollfreiheit im Innern vorgegangen werden kann. Alle einheimische Roherzeugnisse, Nahrungstoffe und verschiedene Halbfabrikate werden dagegen dem zollfreien Austausche sofort übergeben. Hinsichtlich der Halbfabrikate und der Fabrikate eigner Erzeugung, welchen freier Zugang anfänglich unter Begleitung von Ursprungszeugnissen gewährt werden wird, müssen jedoch die schützenden Zölle auf die gleichartigen Waren des Auslandes festgestellt werden. d). Eine Verständigung auch über die einer gemeinsamen Handels- und Schiffahrts-Politik nach aussen zu Grunde zu legenden Prinzipien, sowie über den Modus

einer gemeinsamen kommerziellen Vertretung im Auslande und eines gemeinschaftlichen Abschlusses von Handelsverträgen. e). Eine weitere Vereinbarung auf Post- Eisenbahn- und Telegraphenwesen, Handelsstrassen, Dampfschiffahrtslinien usw. einzuleiten. f). Endlich Vorbereitung und Ausarbeitung eines allgemeinen österreichisch-deutschen Zolltarifes. 4. Der gesamten Zollkonferenz, oder bestimmter ausgedrückt, der für mehrere Jahre ständigen österreichisch-deutschen Zollkommission wird die Befugnis eingeräumt, behufs der geeigneten Durchführung ihrer Aufgaben Spezialkommissionen zu ernennen, Erhebungen zu veranstalten, gutachtlichen Beirat einzuholen und Sachverständige zu vernehmen.

An die provisorische deutsche Bundeskommission wurde von Bruck der Antrag gestellt, es möge derselben gefallen, sofort eine Zollkonferenz aus Bevollmächtigten deutscher Staaten zur Beratung der Zoll- und Handelsfragen zu veranlassen. Bruck wandte sich mit dieser Denkschrift nicht nur an die Regierungen, sondern auch an die Öffentlichkeit. Er wollte auf dem Wege der Handelspolitik die deutsche Einigung vollzogen wissen. Die Kontroverse von gross- und kleindeutschen Ideen sollte durch eine ökonomische Basis ihren Ausgleich finden. Er masste bei seinen grossdeutschen Bestrebungen den Wirtschaftskräften grössere Wichtigkeit bei als den politischen. Er verlangte den Eintritt Gesamtösterreich's in den deutschen Bund, Ungarn, Polen und Italien mit eingeschlossen. Die handelspolitische Vereinigung sollte alle anderen Wünsche und Ideen von selbst lösen, als deren beste Grundlage. Dadurch würde die Vormachtstellung Deutschland's in Europa begründet werden. Durch Handelsverträge mit Parma und Modena sollte eine italienische Zollunion vorbereitet werden. Diesem grossen, zollgeeinten Wirtschaftskörper müssten sich aus eigenem Interesse die Schweiz, Belgien und die Niederlande anschliessen. Der deutsche Einfluss auf dem Balkan wäre damit gesichert. Nach der Verfassung vom 4. März 1849 waren die deutsch-österreichischen Bundesländer mit

Ungarn, Galizien und Oberitalien zu einem Reiche verschmolzen. Es war dadurch den deutsch-österreichischen Ländern allein unmöglich, eine Zollunion mit Deutschland zu bilden. Darauf berief sich auch Preussen. Österreich wollte dagegen eine vollständig neue Umformung. Namentlich Bruck trat für eine grosse, deutsche Zollunion ein. Durch die Einigung ganz Österreich's mit dem Zollverein wollte er ein neues, grossartiges, wirtschaftliches, einheitliches Gebilde schaffen. Aus seiner Denkschrift ersieht man, dass er eine Einigung mit Preussen anstrebte, indem er die Führung Preussens in dem Zollverein anerkannte. Eine Bekämpfung Preussen's lag ihm vollständig fern. Am 28. Februar 1850 lud Österreich, ohne sich direkt an Preussen zu wenden, alle Mitglieder des deutschen Bundes ein, Bevollmächtigte nach Frankfurt zwecks Beratung des Zollvereins zu entsenden. Preussen lehnte seine Beteiligung an der Zollkonferenz ab, da es durch die Einladung aller Bundesstaaten und durch Ausseracht-lassung des Zollvereins als solchen sich verletzt sah. Es erklärte die provisorische Bundeskommission für nicht kompetent, die Angelegenheit vor ihr Forum zu ziehen, und dass es unter Voraussetzung des Einverständnisses aller Zollverbündeten mit Österreich allein zu verhandeln geneigt wäre. Delbrück, der eigentliche Leiter der damaligen preussischen Handelspolitik äussert sich über den Vorschlag Bruck's: „Der Plan war gut ausgedacht. Er blendete durch sein grosses Ziel, er schien ohne erhebliche Schwierigkeiten ausführbar zu sein, er versprach den Verkehr des Zollvereins greifbare, mit jeder Periode steigende Vorteile, er verhiess die Bildung einer handelspolitischen Macht, welche durch das Schwergewicht ihrer geographischen Lage und ihrer 70 Millionen Angehörigen nicht ihresgleichen in Europa hatte. Dass er, schon von Beginn seiner Ausführung an, dem Zollverein eine selbständige Handelspolitik unmöglich machte und Preussen jeder Aktion beraubte, schadete ihm ausserhalb Preussen's sehr wenig, die schutzzöllnerischen Bestrebungen in Süddeutschland und die politischen Tendenzen der Mittelstaaten fanden bei ihm ihre Rechnung. Dass er für uns unannehmbar sei, stand ausser Frage". Als Preussen seine Beteiligung ablehnte, wurde Delbrück nach Wien geschickt, nicht um offizielle Verhandlungen zu eröffnen, sondern zwecks vertraulicher Rücksprache und Anbahnung späterer Verhandlungen. Bruck war im Gegensatz zu Schwarzenberg für einen friedlichen Ausgleich mit Preussen. Er war gewillt, Preussen Konzessionen zu machen. Während Schwarzenberg auf eine Zertrümmerung des Zollvereins abzielte, wollte Bruck eine friedliche Einigung, wie es aus den Berichten des Preussischen Gesandten vom 4. Januar 1850 erhellt. Bruck erwähnt er als zum gemässigten Teil der österreichischen Politik gehörend; und am 9. März berichtet er, dass die Schwarzenberg-Politik über die gemässigte gesiegt hätte. Delbrück schreibt über Bruck in seinen Lebenserinnerungen: „Der Handelsminister von Bruck war ein Mann von grossen Gesichtspunkten, erfüllt von den Aufgaben, welche ihm die Umgestaltung der wirtschaftlichen Gesetzgebung Österreich's stellte, ein guter Österreicher, aber kein Preussenfeind, von einer ruhig würdigen Haltung, wie sie dem Minister eines grossen Staates wohl anstand". Und weiter über das Verhältnis der Politik Schwarzenberg's zu der Bruck's: „Bei der Behandlung der Zollangelegenheiten waren Bruck durch die Politik Schwarzberg's die Hände gebunden. Dem Fürsten war die sachliche Seite dieser Angelegenheiten vollkommen gleichgültig. Ihm kam es darauf an, Österreich zur leitenden Macht nicht nur für die politischen, sondern auch für die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschland's zu machen. Seine bisherigen Erfolge, die Aussichtslosigkeit der preussischen Unionspläne, der Hass der Mittelstaaten gegen Preussen, liessen einen Zweifel über die Durchführbarkeit seines Planes nicht aufkommen. Der Festigkeit Bruck's ist es allein zuzuschreiben, dass damals, in der heftigsten, politischen Spannung, der für die Entwicklung der internationalen Postverhältnisse bahnbrechende Vertrag über den deutsch-österreichischen Postverein vom 6. April 1850 zustande kam. Es sollten nach seiner Absicht ähnliche Abschlüsse über Eisenbahnen,

Schiffahrt, Einheit von Münzen, Mass und Gewicht folgen".

Als Preussen durch Einladung der Zollvereinsstaaten nach Kassel sich Österreich widersetzen wollte, erliess Bruck eine Denkschrift am 30. Mai 1850, in der er sich an die deutsche Nation wandte: „Erst der ganz Deutschland und Österreich umfassende Verein werde nicht bloss die Elbe, Weser, Ems, Oder ungeteilt und ganz sein nennen, er werde auch die Adria und Ostsee umschlingen, und das moralische Gewicht eines 70 Millionen Menschen umfassenden Bündnisses, das politische Gewicht eines Handelsgebietes, wie die Geschichte kein gleiches kenne, werde bald das Übrige erringen, was ihm noch zur Erfüllung seiner welthistorischen Aufgaben fehlt". Die Zolleinigung wurde als Vorstufe und Vorbedingung für die politische Einigung aufgefasst, die durch Vertrag der einzelnen Bundesmitglieder zustande gebracht werden sollte. Die Zoll- und Handelssachen sollten durch die zu vereinbarende Verfassung geregelt werden. Der Verkehr im Innern sollte frei werden, Aufnahme neuer Staaten nicht ausgeschlossen sein. Die Leitung würde der Bundesgewalt zustehen. Die Erträge sollten in eine gemeinsame Kasse fliessen, deren Bestand nach Entnahme von Matrikularbeiträgen zur Verteilung käme. Besonders interessant und namentlich heute aktuell sind die vorgebrachten Ansichten über die zwischen der Adria und der Nord- und Ostsee zu erstrebenden Handelspolitik. Bruck sagt das Folgende: 1. Die Handelspolitik ist aufzurichten, so wenig auf der agricolen und einseitig das Land aufschliessenden Basis, als auf der gewerblich-prohibitionistischen oder das Land einseitig absperrenden, sondern auf der wahrhaft nationalökonomischen, alle Zweige der Volkswirtschaft ebenmässig umfassenden Basis; ebenso behält sie fortwährend den Zweck einer gleichmässig, harmonischen Entfaltung aller dieser Zweige fest im Auge, erkennt dabei jedoch die sorgfältigste Pflege, den wirksamsten Schutz für die Grosszeugung der heimischen Konkurrenzkraft, sowohl auf dem eigenen, wie auf dem Weltmarkte, als notwendig an

indem sie darin die Grundbedingung des Aufschwunges nicht bloss der Industrie, sondern auch der Landwirtschaft und des Handels, überhaupt die allgemeine Wohlfahrt, gesichert und gewahrt sieht.

2. Die gewerbliche Konkurrenzkraft wird sich wesentlich auf die möglichst ausgedehnte Urproduktion, auf die Freiheit des Bodens und der Arbeit, auf die völlig freie Konkurrenz im Innern, auf den möglichst wohlfeilen und unmittelbaren Bezug aller Roh- und Hilfsstoffe für die Industrie endlich auf einen dem Schutzbedürfnisse möglichst genau entsprechenden Zolltarif, überhaupt auf eine angemessene Handels- und Schiffahrts-Gesetzung stützen müssen.

3. Vermöge der im ganzen gleichmässigen Wirtschaftszustände der europäischen Länder kann der Abschluss von eigentlichen Handelsverträgen, abgesehen von der Schiffahrt, nur mit wenigen derselben von wesentlichem Nutzen sein, dagegen erscheint ein völliger Zollanschluss des einen oder anderen Nachbarlandes an den österreichisch-deutschen Handelsbund, den Verhältnissen ganz entsprechend, als ein natürlicher Zuwachs an wirtschaftlicher und maritimer Kraft zur Erreichung gemeinschaftlicher Ziele.

4. Die grosse Verschiedenheit im Klima, in der Erzeugung, in den gesellschaftlichen Zuständen von Europa und den übrigen Erdteilen empfiehlt einer österreichisch-deutschen Handelspolitik die kräftigste Förderung des Austausches diesseitiger Natur- und Gewerbeerzeugnisse mit den überseeischen Erzeugnissen und zwar im unmittelbaren Verkehr mit den Erzeugungsländern. Massregeln zu diesem Zwecke erscheinen umso dringender, als der bedeutendste Teil der Zuführen an Kolonialprodukten nach Deutschland und Österreich in den Händen fremder Staaten ist. Jedoch von einer verspäteten Nachahmung der alten britischen Schiffahrts-Akte ist nicht entfernt die Rede. Ein Anachronismus soll umso weniger begangen werden, als die deutsche Schiffahrt ohne allen Schutz sich

aus und durch sich selbst unter den ungünstigsten Verhältnissen in achtunggebietender Weise entwickelt hat.

Hierzu bemerkt treffend Weber: „Die Idee, die diesen Vorschlägen zu Grunde lag, die Bildung eines einheitlichen Handelskörpers, der fast ganz Mitteleuropa und eine Bevölkerung von 70 Millionen umfasste, ist unbestreitbar eine sehr grossartige."

Vom 1. Januar 1854 ab sollte ohne die früher für notwendig erachteten drei Zwischenstufen eine Zollunion aller deutschen Staaten sich konstituieren. Durch Errichtung einer zentralen Handelsbehörde in Frankfurt sollten alle Handelsangelegenheiten gemeinsam geregelt werden, nicht nur die Zollsachen, sondern auch See- und Fluss-Schiffahrt, Eisenbahnen und Kanäle, Münzen, Masse und Gewichte. Der Zollbund sollte von Osterreich und Preussen, unter Gleichstellung beider Mächte und Teilung des Vorsitzes, gebildet werden. Mit dieser Einigung, die den Schwerpunkt von Berlin nach Frankfurt verlegte und Österreich's Einfluss sicherte, geriet Bruck mit sich selbst in Widerspruch, da er doch eine friedliche Verständigung mit Preussen wünschte. Er suchte auch einen Kompromiss mit Preussen, indem er die von Preussen gegründete politische Union anerkannte unter der Voraussetzung einer Zollenigung mit Preussen. Die Vorschläge Bruck's haben heute nicht nur historischen Wert, sondern interressieren in hohem Masse die Gegenwart. Seine Auseinandersetzungen erscheinen fast als eine Broschüre der Jetztzeit, und wir lernen in Bruck eine geniale, scharfsinnige Persönlichkeit kennen, die mit Sicherheit das richtige erfasst. Umso bemerkenswerter ist es, da dieser Plan so sehr im Widerspruch mit dem bisherigen Verhalten Österreich's stand. Wenn auch diese Erwägungen stark auf politischen Motiven beruhten, wenn auch Österreich dadurch seine Vormachtstellung in Deutschland zu erreichen suchte, so war es auch klar, dass aus diesem Grunde diese Ideen auf starken Widerstand stossen würden. Preussen's Politik bewies das durch seinen Vertrag mit Hannover und namentlich den

mit Frankreich. Die grösste Gefahr bestand in politischer Hinsicht auf seiten Preussen's, und aus ihr entsprangen alle Erwägungen und Handlungen. Den Nachfolgern Bruck's fehlte die ihm eigene Entschlossenheit und Energie, und auch darin zum Teil ist das Misslingen dieses Planes zu suchen. Die Verhandlungen Delbrück's in Wien im Frühjahr 1849 blieben resultatlos. Die Kasseler Konferenz vom Juli 1850 legte die Passivität Preussen's deutlich dar. Die österreichischen Anträge wurden in den Hintergrund gedrängt, zumal da auch die süddeutschen Staaten das grösste Gewicht auf den Bestand wenigstens des jetzigen Zollvereins legten. Im Dezember 1850 verhandelten Preussen, Sachsen und Bayern als Grenzländer über eine Zollunion mit Österreich. Aber Österreich's Macht war zu schwach, um Preussen seinen Plänen gefügig zu machen. Die Kleinstaaten suchten Anschluss an Preussen. England und Russland protestierten wegen Verletzung der Bundesstatuten. Es folgte die politische Krisis und die Verhandlungen zu Olmütz 1850. Obwohl der Vertreter Preussen's die Frage der Zolleinigung aufwarf, hatte es Österreich unterlassen, seinen Anschluss zu erzwinge. Am 26. November 1851 lud die österreichische Regierung alle Bundesstaaten zu Verhandlungen ein über einen Zoll- und Handelsvertrag, durch welchen, mittels Zollbefreiungen und Zollnachlässen zugunsten der gegenseitigen Erzeugnisse und mittels ähnlicher Massregeln, ein enges Verhältnis zwischen den betreffenden Zollgebieten begründet, ein gegenseitig bestimmter Einfluss auf den Zolltarif und die Zollmanipulationen eingeräumt würde, der die prinzielle Entfremdung der verschiedenen Systeme zu verhüten geeignet wäre und die nötigen Garantien für das dereinstige Zustandekommen einer sofort in ihren Grundsätzen festzustellenden deutsch-österreichischen Handels- und Zolleinigung dargeboten würden. Die in Wien von Schwarzenberg eröffneten Verhandlungen am 4. Januar 1852 führten zu keinem Erfolge. Kurz darauf starb Schwarzenberg und auch aus diesem Grunde war anzunehmen, dass die österreichische Politik viel an

Energie verlieren würde.

Damals hätte der grosszügige Plan Bruck's auch Italien und den Balkan zum Anschlusse bewogen. Die preussische Regierung jedoch soll damals eher eine Auflösung des Zollvereins, als einen Zollbund mit Österreich bevorzugt haben. Preussen blieb bei der Forderung bestehen, dass erst der Zollvereinsvertrag abgeschlossen werden müsse, ehe zu Verhandlungen über den Zoll- und Handelsvertrag mit Österreich geschritten werden könne, zumal da Österreich durch den Olmützer Vertrag sein altes Prestige wieder erlangt hatte. Preussens Politik führte zum Ausschluss Österreich's aus Deutschland. In den ersten Tagen des Dezember 1852 wurde Bruck als Bevollmächtigter der österreichischen Regierung nach Berlin abgesandt. Am 3. Februar konnte Bruck das Resultat seiner Verhandlungen nach Wien mitteilen. Am 19. Februar unterzeichnete er den bekannten Vertrag. Dieser Vertrag beendete zur Zeit die preussisch-österreichischen Differenzen auf handelspolitischem Gebiete und wurde in ganz Deutschland mit grosser Zufriedenheit aufgenommen. Der Vertrag bestimmte im Wesentlichen Folgendes: Gegenseitige Verpflichtung, den Verkehr durch keinerlei Verbote zu hemmen, dritten Staaten keine Vorzugszölle zu gewähren. Die dritten Staaten gewährte Begünstigung sollte ohne Gegenleistung auch den anderen Staaten zu gute kommen. Rohstoffe, Fabrikmaterialen, Halbfabrikate und Fabrikate von geringerem Werte sollten zollfrei sein. Eine Zollminderung von 25% bis 50% des allgemeinen Tarifs erfuhren fast alle Gegenstände der in beiden Gebieten ziemlich gleichartig entwickelten Industriezweige. Dieses Differenzialzollsystem sollte allmählich zur völligen Zolleinigung führen. Der Artikel 25 bestimmte, dass im Jahre 1860 Kommissionen beider Staaten zusammentreten sollten, um über eine Zolleinigung oder über weitere möglichste Annäherung und Gleichstellung der beiderseitigen Zolltarife zu unterhandeln. Ausserdem traf der Vertrag Bestimmungen über den Grenzverkehr, über innere Konsumtions-Abgaben, Münzwesen u.s.w.

Seine Dauer wurde bis zum 31. Dezember 1865 festgesetzt. Bruck hatte sein Möglichstes erreicht. Österreich konnte nunmehr auf eine allmähliche Zolleinigung sicher und bewusst hinwirken. Bruck hatte inzwischen einem anderen Regime Platz machen müssen. Dies trat auch gleich zu Tage in der wenig konsequenten Entwicklung des Februar-Vertrages. Der 1855 von Österreich gemachte Vorschlag auf weitere Zollermässigung wurde in Berlin abgelehnt. Bruck's Denkschrift in dieser Zeit spricht den Satz aus, dass selbst eine gänzliche Freiheit des Zwischenverkehrs ohne Gefahr wäre, wenn nur der Aussenzolltarif genügend Schutz böte. Schaeffle sollte recht behalten indem er sagte: „Man müsste meinen, dass aus allgemein politischen Gründen ein entscheidender Schritt zu weiterer gegenseitiger Annäherung überhaupt nicht gemacht werden kann."

Im Jahre 1860 begannen die Verhandlungen über einen Zollanschluss. Preussen und Österreich verhandelten vier Jahre lang mit den Staaten des Zollvereins. In Wien verfolgte man die Sache mit grosser Lauheit. Einen krassen Unterschied in der Auffassung der ganzen Angelegenheit bietet zu den Denkschriften Bruck's die Denkschrift der österreichischen Regierung vom September 1861. Gleich am Anfange wird, unter vollkommener Ablehnung des Einigungsgedankens, gesagt, dass von keiner Seite sich verhehlt würde, welche fast unübersteigbaren Hindernisse gerade im gegenwärtigen Augenblicke die gänzliche Zolleinigung Österreich's und der Zollvereinsstaaten zu bekämpfen hätte. Die Denkschrift erwähnte nichts davon, dass Österreich bereit sei, die vorhandenen Schwierigkeiten zu entfernen und eine Verständigung in Handels- und zollpolitischen Sachen anzubahnen. Das erleichterte Preussen, Österreich's Vordringen auf politischem Gebiete zu verhindern. Es erklärte auch den Zweck des Vertrages von 1853 für unausführbar. Am 29. Mai 1862 schloss es den Vertrag mit Frankreich, durch dessen Meistbegünstigungsklausel eine Bevorzugung Österreich's ausgeschlossen wurde. Damals

äusserte sich Bismarck: „Die Zolleinigung halte ich für eine unausführbare Utopie, wegen der Verschiedenheit der wirtschaftlichen und administrativen Zustände beider Teile. Die Schwierigkeiten, welche die Verschiedenheit der Lebensgewohnheiten und der Konsumtion zwischen Nord- und Süddeutschland schon innerhalb des Zollvereins bedeuten, müssten unüberwindlich werden, wenn beide Regionen mit den östlichen Ländern Österreich-Ungarn's von derselben Zollgrenze umschlossen werden sollen. Ein gerechter, der bestehenden Konsumtion zollpflichtiger Waren entsprechender Masstab der Verteilung würde sich nicht vereinbaren lassen; jeder Masstab würde entweder ungerecht für den Zollverein oder unannehmbar für die öffentliche Meinung in Österreich-Ungarn sein." Er wollte jedoch auf keinen Fall die Schwächung oder Zerstückelung Österreich's. Ein befreundetes Mitteleuropa blieb auch für ihn das Hauptziel, wie aus seinen Erwägungen während des Friedens von Nikolsburg hervorgeht: „Wenn Österreich schwer geschädigt wäre, so würde es der Bundesgenosse Frankreich's und jedes Gegners werden. Es würde selbst seine antirussischen Interessen der Revanche Preussen's opfern. Auf der anderern Seite könnte ich mir keine für uns annehmbare Zukunft der Länder, welche die österreichische Monarchie bildeten, denken, falls letztere durch ungarische oder slavische Aufstände zerstört oder in dauernde Abhängigkeit versetzt werden sollten. Was sollte an die Stelle Europa's gesetzt werden, welche der österreichische Staat von Tirol bis Bukowina ausfüllt? Neue Bildungen auf dieser Fläche könnten nur dauernd revolutionärer Natur sein." Die Idee der Zollunion hatte seit Bruck's energischem Auftreten zu anfang der 50er Jahre wenig Fortschritte gemacht. War schon damals eine Einigung erschwert, so schien sie jetzt fast ausgeschlossen. Es fehlte nicht nur an den hierzu geeigneten Persönlichkeiten, auch die wirtschaftliche Entwicklung hatte sich in den beiden Zollkörpern verschieden gestaltet. Im Zollverein war die Industrie erstarkt und konnte getrost der Weltkonkurrenz ohne Schutzzoll ausgesetzt werden, in Österreich hatte das alte Prohibitions-System an Boden gewonnen, und die Haupthindernisse eines zollpolitischen Anschlusses waren keineswegs beseitigt. Am 11. April 1865 kam es zu einem gewöhnlichen Handelsvertrag zwischen Österreich und dem Zollverein. Solche Aussenzölle, wie sie im preussisch-französischen Vertrage vereinbart waren, waren für Österreich unannehmbar, da dadurch seine ganze Industrie gefährdet war. Schaeffle schreibt daruber in seinen Lebenserinnerungen: „Die Einigung war ein deutsches Interesse allerersten Ranges. Mit grösster Befriedigung denke ich daher an meine Teilnahme an den Bestrebungen der Jahre 1859 bis 1863 zurück. Ich lebe denn je der Hoffnung, dass diesselbe Ansicht allmählich, wenn auch sehr langsam, zur vollen Anerkennung gelangen wird." Der Vertrag entsprach in der Fassung dem vom 19. Februar 1853. Die Sonderstellung Österreich's wurde beseitigt und Österreich die gleiche Stellung eingeräumt wie allen anderen Staaten. Der Artikel 25 des Vertrages, der wiederum eine Zolleinigung nach möglichster Annäherung beiderseitiger Zolltarife in Aussicht nahm, war nur eine Form und ohne jegliche tatsächliche Bedeutung. Weber äussert sich hierüber: „Die österreichische Zoll- und Handelspolitik gegenüber dem Zollverein, wie selbe von den Ministern Fürst Schwarzenberg und Freiherrn von Bruck inauguriert und durch den Vertrag von 1853 bekräftigt worden war, wurde durch den Vertrag vom 1. April 1865 wahrscheinlich für immer zu Grabe geleitet." Von da ab ist auch die Meistbegünstigungsklausel ein Hindernis für einseitige Begünstigung gewesen. Sie konnte nur auf Grund eines eine Verwaltungsgemeinschaft schaffenden Zollunionsvertrages gewährt werden.

Anfangs strebte man nach erleichtertem Verkehr. Die Krisis von 1873 trug dazu bei, um sich schutzzöllnerischen Ideen zuzuwenden. Der Kongress österreichischer Volkswirte verlangte 1875 Kündigung der Handelsverträge. Auch in Deutschland machte sich die

Strömung bemerkbar. Beide Staaten gelangten zur autonomen Zollpolitik. 1892 kam es wieder zu einem Vertrage. Während der Schutzzollära und des entstandenen militärischen Bündnisses befürwortete man wieder eine wirtschaftliche Annäherung. Doch der Gedanke kam nicht zur Verwirklichung. Autonome Tarife wurden aufgestellt, 1902 von Deutschland, 1906 von Österreich. Der letzte Vertrag wurde 1906 abgeschlossen, mit Gültigkeit bis 1917. Die Handelsbeziehungen gestalteten sich nach dem neuesten Handelsvertrage im Jahre 1913 folgendermassen in Deutschland:

	Einfuhr von	%	Ausfuhr nach	%
Russland	1424,6	13,2	880,1	8,7
England	875,9	8,1	1438,2	14,2
Österreich	857,5	7,7	1104,8	10,9

Die drittgrösste Quote der Einfuhr weist Österreich-Ungarn auf. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern haben sich zu Gunsten Deutschland's verschoben. Noch 1900 waren sie mit mehr als 200 Millionen Mark für Österreich-Ungarn aktiv und das bis 1908. Von da verschiebt sich die Lage. 1913 erreicht der Ausfuhr-Überschuss 277 Millionen Mark. Die Gründe sind teilweise im letzten Handelsvertrage zu suchen, besonders jedoch darin, dass Österreich-Ungarn aufhörte, Agrarprodukte zu exportieren. Deutschland bezieht in der Hauptsache Rohstoffe für 318 Millionen Mark (Holz, Braunkohl, Häute, Flachs, Oele). Zweitens fertige Waren für 184 Millionen Mark, zuletzt Lebensmittel für 171 Millionen Mark, halbfertige Waren in Höhe von 102 Millionen Mark, lebendes Vieh für 50 Millionen Mark. Was die Ausfuhr Deutschlands betrifft, so vor allem Fabrikate in Höhe 567 Millionen Mark, Rohstoffe 314 Millionen Mark, halbfertige Waren 178 Millionen Mark. Der grösste Posten ist die Steinkohle 169 Millionen Mark. Es folgen Maschinen 81, Merinokammzeug 30, Felle 26, Bücher 27, Koks 22, elektrische Erzeugnisse 22 Millionen Mark usw.

In dem nun geschilderten Verlauf der handelspoli-

tischen Beziehungen Österreich's zu Deutschland schält sich markant heraus als eine Zeit des Fortschrittes und grosszügiger Ideen die Zeit, in der die Handelspolitik Österreich's in den Händen Bruck's ruhte. Bis zu seiner Berufung eine Zeit der Reaktion und des Rückschritts. Nach seinem Tode setzt sofort eine Zeit des Unverständnisses für die österreichisch-deutsche Zollunion ein. Seine grosszügigen Gedanken scheinen ausgemezt, seine Tätigkeit hinterlässt keine Spuren. Man ziehe nur einen Vergleich zwischen seinen Denkschriften der Jahre 1849/50 und der Denkschtift der österreichischen Regierung im Jahre 1861. Ein grosser Gegensatz und ein richtiger Moment zur Würdigung dieses Mannes. Seine letzten Gedanken, sozusagen sein politisches Testament, legte er nieder in der erst nach seinem Tode veröffentlichten Denkschrift. Das Verhältnis, namentlich zu Deutschland, wird hier auseinandergesetzt, sowie die Entwickelung Mitteleuropa's. Es ist von ihm als Richtlinie für die österreichische Politik gedacht, wiederholt zum Teil seine Ausführungen in den früheren Denkschriften.

Als oberstes Prinzip der deutschen Einigung erscheint ihm der Föderalismus. Österreich sei vermöge seiner Tradition der natürliche Träger der grossdeutschen Politik. Erst während des letzten Jahrzehntes sei es allmählich zum klaren Bewusstsein seines deutschen Berufes gekommen. Dafür zeuge seine eigene Zollreform mit dem Streben nach der deutschen Zolleinigung, und dass es seinem neuen Staatsbau im Zusammenhange mit der Reorganisation des deutschen Bundes und Zollvereins auffasste. Eine künstliche, ökonomische Spaltung von Deutschland müsse tief ins eigenen Fleisch schneiden und namentlich die empfindlichsten Nachteile für alle Teile herbeiführen. In der Vereinigung liege der unermessliche Vorteil aller. Der gegenwärtige Zollverein müsste treu seinem ausgesprochenen Zwecke sich zum Bunde erweitern. Die handelspolitische Einigung Deutschlands sei als erstes Ziel hinzustellen. Es sei dies der Beruf Oesterreich's um seiner selbst wie um Deutschland's

willen. Die Pflege des deutschen Zusammenhanges sei der Kern der österreichischen Politik, wichtiger als alle anderen Fragen. Der wirtschaftliche Zusammenschluss aller deutschen Staaten sei der Boden, in welchem das geistige, nationale und konföderativ-einheitliche Leben aller deutschen Teile feste Wurzeln breiten könne. Das würde auch die deutsche Stellung gegenüber Russland und dem übrigen Ausland kräftigen. Oesterreich, eine eigentliche Volksvertretung beim Bunde anheimstellend, spreche sich umso bestimmter dafür aus, dass die Zeit gekommen sei, die Einigung in Zoll- und Handelssachen, in allen Beziehungen des wirtschaftlichen Verkehrs für ganz Deutschland herzustellen und die Handhabung derselben durch ein gemeinsames Bundesorgan dauernd zu begründen. Allein die Bedingungen der Produktion und des Absatzes müssten hierzu zwingen. Die Einigung sei eine Vorbedingung für maritime Ausdehnung und tatkräftiges Eingreifen in die Weltwirtschaft. Dadurch wäre es möglich, die Aufgaben an der Adria und der Donau zu erfüllen und die transatlantischen Handelsbeziehungen auszubilden. Nur die wirklich wirtschaftliche Einigung, die volle, freie Bewegung innerhalb der gesamten österreichisch-deutschen Ländergebiete würde am raschesten zum Ziele führen. Nicht der Einheitsstaat, aber die föderative Einheit müsse gewahrt werden. Um den Prozess der wirtschaftlichen Einigung fortan in kräftigerem Tempo zu vollziehen, müsse vor allem die vertragsmässige Verständigung aufgegeben und ein Bundesorgan mit der Selbständigkeit der Aktion geschaffen werden. Dadurch würden die grössten Schwierigkeiten umgangen. Der Wirkungskreis dieser Bundesbehörde sollte sich nicht nur auf das Zollwesen beschränken, sondern auf alle wirtschaftlichen Anliegen des Bundes ausgedehnt werden.

Die handelspolitischen Zustände in Europa haben am Ende der siebziger Jahre einen Umschwung erfahren. Es ist ein Umschlag in der Handhabung der Handelspolitik eingetreten. Man hat die von Napoleon III.

inaugurierte freihändlerische Handelsbahn verlassen. Die meisten Staaten schlugen eine schutzzöllnerische Richtung in ihrer Handelspolitik ein und richteten seitdem immer höhere Schutzzölle auf, wie für die heimische Industrie, so auch für die Landwirtschaft. In eine Zeit des steigenden internationalen Verkehrs, der zunehmenden Weltwirtschaft und Solidarität schloss man sich durch Schutzzölle gegenseitig ab, suchte sozusagen dem Drängen der Zeit gegenüber Schranken aufzurichten. Industrie und Landwirtschaft nahmen in den so geschützten Gebieten einen ungeahnten Aufschwung und namentlich die erstere überschritt in ihrer gesteigerten Produktion die nationalen Grenzen und Bedürfnisse. In diese Zeit fallen auch vornehmlich die Bestrebungen und Forderungen nach Erweiterung eines gesicherten Absatzgebietes. Es scheint ein Kompromiss zwischen Erstrebtem und den Tatsachen gesucht zu werden. Man sieht einen Mangel in den Schutzzöllen ein und fordert teils grössere gemeinsame zollgeschützte Gebiete zu vereinigen, teils dadurch den allmählichen Übergang zum Freihandel zu ermöglichen. Eine Zollgemeinschaft für den weiteren Bereich von Mitteleuropa, wie für den engeren von Deutschland und Österreich-Ungarn ist auch seit 1879 wiederholt angeregt worden.

Vor dieser Zeit wären lediglich die Ausführungen von Chevalier zu erwähnen, der im Jahre 1869 auf die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Alliance der mittel- und westeuropäischen Staaten hinweist. Umso bemerkenswerter sind seine Auseinandersetzungen, da sie kurz nach der Pariser Weltausstellung im Jahre 1867 stattfinden, die doch den höchsten Ausdruck friedlichen, gemeinschaftlichen Zusammenarbeitens aller Nationen abgaben. Er weisst auf die Gefahren hin, die in der grossen, zukünftigen Entfaltung Russland's und Nordamerika's liegen. Die Eintracht sei daher Mittel- und dem westlichen Europa unerlässlich, wenn dasselbe nicht von den zwei Kolossen bewältigt werden will, deren riesige Proportionen und Pläne immer schärfer hervortreten und die sich im Innern

immer mehr konzentrieren, um desto kräftiger den grossen Schlag auszuführen. Die mittel- und westeuropäischen Völker haben unrecht, sich in Sicherheit zu fühlen, sie dürften eines Tages zur untergeordneten Rolle herabgedrückt werden. Ihr Interesse, ihr Bedürfnis sei es, sich einander zu nähern, eine feste Alliance zu bilden und eine Förderation herzustellen. Seine Betrachtung schliesst er mit den Worten Napoleon's I.: „Jeder europäische Krieg ist jetzt ein Bürgerkrieg".

So lange auch das freihändlerische System vorwog, waren die Interessen für ein erweitertes Zollgebiet gering. Nun wurde aber dieser Gedanke immer öfter aufgeworfen und behandelt, wovon ein Zeugnis die grosse diesbezügliche Literatur abgibt. Die Forderung einer Zollunion zwischen Österreich und Deutschland tritt umso reiner auf, als sie im Gegensatz zu den 50er und 60er Jahren losgelöst ist von allen politischen Machtbestrebungen und Tendenzen. Handelte es sich damals, die Handelspolitik in den Dienst der politischen Ziele zu stellen, oder wenigstens sie gleich zu gestalten, so treten jetzt die politischen Ziele mehr und mehr in den Hindergrund. Die wirtschaftliche Vereinigung bleibt jetzt das alleinige Streben, wenn man auch politische Vorteile daraus zu ziehen weiss. Die letzteren bilden jedoch nicht die Hauptforderung, sondern man sieht sie als Begleiterscheinung an. Nicht um die Machtentfaltung der einzelnen Staaten handelt es sich jetzt, sondern um die Bildung eines grösseren wirtschaftlichen Gebietes zur freieren und besseren Entfaltung von gegenseitiger Produktion und Konsumtion. Man will bequemere und vor allen Dingen sichere Wirtschaftsverhältnisse schaffen, als sie sich zum Teil durch Aufrichtung von Zollschranken in unerfreulicher Weise entwickelt haben. Die Literatur ist gross und da sollen auch nur die wichtigsten Autoren und deren Gedanken erwähnt werden.

Da ist der belgische Nationalökonom Molinari, der im Jahre 1879 unter Hinweis auf das Zustandekommen des Zollvereins und seine günstige Entwicklung eine Zollunion zwischen Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Deutschland, Österreich und der Schweiz fordert, der sich die anderen Staaten des Kontinents anschliessen könnten. Wenn es gelungen sei, Einigungen in Mass und Gewicht, im Post- und Telegraphenverkehr und namentlich im Geldwesen herbeizuführen, warum sollten da auch nicht die lästigen Zollschranken beseitigt werden können? Und dabei würden die Zolleinnahmen nicht geringer werden. Die Vereinigung müsse sich auf vier Punkte begründen: 1. Aufstellung eines gemeinschaftlichen Tarifs; 2. Verteilung der Zolleinnahmen; 3. Gleichstellung oder jedoch Annäherung der Verzehrungssteuern; 4. Errichtung einer internationalen Zollkommission: Die Errichtung eines Zolltarifs würde bei der gleichmässig hohen Entwicklung der Volkswirtschaft auf keine grossen Schwierigkeiten stossen können. Ein geringer Zoll würde durch das grössere Absatzgebiet entschädigt werden. Was die Verwaltung betrifft, so könnte es keine grösseren Schwierigkeiten geben als beim deutschen Zollverein. Auch die Zollkommission könnte, ähnlich der Zollkonferenzen, eingerichtet werden. Die grösste und einzige Schwierigkeit sieht er in der Gleichsetzung der Verzehrungssteuern. Diese Schwierigkeit sei bis jetzt auch noch nicht in Deutschland beseitigt, wo es eine verschiedene Branntwein- und Bier-Steuer gibt, Die Verzehrungssteuer in allen Staaten, die die Union bilden sollen, ist verschieden. Aber man könnte, sei es durch entsprechende Erhöhung oder Erniederung, auf eine gleiche Stufe gelangen. So könnte in Frankreich die Zucker- und Bier-Steuer erniedrigt werden, in den anderen Ländern, namentlich in Deutschland, erhöht werden. Schwieriger wäre es, sich über das Tabak-Monopol zu einigen. Aber da dasselbe lediglich eine Finanzquelle sei, so würde man sich über die Einführung derselben freuen. Abgesehen davon, dass diese Union jederzeit den Eintritt neuer Mitglieder ermöglichen würde, wäre sie auch für England ein Vorteil wegen der gesicherten Zollschranken eines so grossen Gebietes und dadurch der Möglichkeit eines vorteilhaften und gesicherten Absatzes.

Er sieht in dieser von ihm gedachten Union einen grossen Vorteil für dessen Mitglieder, nicht nur in volkswirtschaftlicher, sondern auch in finanzieller Hinsicht. Er überträgt sozusagen die Vorteile des deutschen Zollvereins auf ein zollpolitisch geeinigtes Europa. Das Auftreten Molinari's hat grosses Interesse hervorgerufen. In Belgien wurde die Zollunion der Förderation der Handelskammern empfohlen. In der Schweiz hat sich ein Komitee gebildet zwecks Zustandekommen eines schweizerisch-französischen Zollvereines, der den Anfang eines mitteleuropäischen Zollvereins bilden sollte. Im Elsass beschäftigte sich viel damit die Presse. Molinari hat seine Ideen auch dem Fürsten Bismarck mitgeteilt, der jedoch dagegen Einwände erhob, trotzdem er die grossen Vorteile zu würdigen wusste. Er glaubte nur an eine allmähliche Annäherung in wirtschaftlicher Hinsicht Deutschland's und Österreich's.

Einen zentral-europäischen Zollverein befürwortete 1879 Kaufmann, wegen der drohenden Konkurrenz England's und Amerika's zwischen Frankreich, Deutschland, Österreich-Ungarn, Belgien, Holland und der Schweiz. Die inneren Zollschranken seien aufzuheben, die äusseren zu behalten. Die wirtschaftliche Einigung würde die verbündeten Staaten stärken, ohne ihre politische Unabhängigkeit oder Selbständigkeit zu gefährden. Vom freihändlerischen Standpunkte wäre das ein nicht zu leugnender Fortschritt, vom schutzzöllnerischen wäre die Gefahr einer gegenseitigen Konkurrenz nicht zu überschätzen. Die Staaten würden sich gegenseitig ergänzen, jeder hat gewisse Produkte, die er gegen andere des anderen benötigt. Die Verteilung der Zolleinnahmen würde sich regeln lassen. Die Konkurrenz würde grösser, aber auch die Absatzmöglichkeiten. Ohne Opfer würden die materiellen und moralischen später eintretenden Folgen nicht zu erreichen sein, aber auch nicht ausbleiben. Dies würde nicht zum mindest zur Sicherung des Weltfriedens beitragen.

Bergmann führt 1879 aus: Europa sei nicht nur durch eigene Überproduktion gefährdet, es sei ihm der

Markt von Amerika verschlossen und England gefährde den Absatz. Man suche wenigstens durch autonome Zolltarife sich den eigenen Markt zu sichern. Ein Zollverein wäre auf Grund revidierter, gemeinschaftlicher Verträge ein Mittel um den europäischen Markt seinen Erzeugnissen zu sichern. Dadurch würde die englisch-amerikanische Konkurrenz beseitigt. Über nähere Vertragsbedingungen lässt er sich nicht aus.

Für Walcker handelt es sich zunächst um eine Zolleinigung zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn, evtl. kommen für ihn auch in Betracht Rumänien, Serbien, Frankreich, Belgien, Holland, Schweiz und Dänemark. Jedoch ist für ihn aus politischen Gründen an eine Zolleinigung zwischen Deutschland und Frankreich in absehbarer Zeit nicht zu denken. Die deutsch-österreichische Einigung bedeute einen enormen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Vorteil. Diese Vorteile würden denen des deutschen Zollvereins mutatis mutandis entsprechen. Die Uebervölkerung der deutschen Städte und Industriebezirke würde durch Abwanderung nach Oesterreich-Ungarn verhindert werden und dadurch die dortige Germanisierung mächtig gefördert. Ein solcher Zollverein würde leichter wirtschaftliche Konzessionen von den anderen Staaten erzwingen können. Die Haupthindernisse für eine deutsch-österreichische Zollunion bestehen in Folgendem: 1. Die Opposition der deutschen und österreich-ungarischen Schutzzöllner wäre durch ein Bündniss der Freihändler mit den Landwirten und der sogenannten Militärpartei oder mit anderen Worten durch einen Appell an die militarischen, finanziellen und politischen Interessen der Hohenzollern und der Habsburger des europäischen Gleichgewichtes gegenüber Russland leicht zu brechen.

2. Auch die österreichischen Valutawirren und die Verschiedenheit der Konsumtionssitten würden keine unüberwindlichen Schwierigkeiten darbieten. Die Zölle könnten in Gold erhoben werden und auch in Deutschland seien die Konsumtionssitten verschieden.

3. Das stärkste Hindernis ist für ihn das Tabakmonopol, aber dessen Einführung in Deutschland würde gegenüber den unermesslichen Vorteilen der Zolleinigung gar nicht ins Gewicht fallen. Auch die Fragen der Salz-, Zucker-, Bier- und Branntweinsteuern würden leicht zu erledigen sein. Auch wenn die Zolleinigung nie zustande käme, so müssen die Freihändler so viel wie möglich davon sprechen, denn Zolleinigungsideen im Munde von Schutzzöllnern seien die beissendste Persiflage des Schutzzollsystems, die bitterste Ironie, die man sich nur denken kann. Die Zolleinigung würde ferner grosse Vorteile für den Weltfrieden darbieten. Friedensfreundliche Bestrebungen der mächtigen Freihandelsparteien und eines grossen Teiles der Schutzzöllner würden für Europa ein Segen sein. Die Friedenssehnsucht, welche 1866 in Bayern herrschte, war z. B. nicht bloss eine Folge der Schlacht bei Königgrätz, sondern auch des Umstandes, dass den Allgäuer Bauern ihre Käse liegen blieben, sowie ähnlicher Motive.

Brentano fragt in seinem Vortrage, gehalten im Jahre 1884 zur Eröffnung der Verhandlungen der staatswissenschaftlichen Gesellschaft in Strassburg, wovon die Dauer der deutschen Weltstellung und ihre Erweiterung abhängt. Durch die Sozialpolitik, durch die Ueberproduktion der siebziger Jahre und durch Gefährdung der Landwirschaft infolge der überseeischen Konkurrenz befände sich die deutsche Industrie in einer misslichen Lage. Da heisst es: Erhöhung der Zölle für landwirtschaftliche Produkte, soweit es für die Erhaltung der Landwirtschaft nötig erscheint, bei gleichzeitiger Garantie eines Absatzgebietes für die deutsche Industrie. Die deutschen Kolonien sind nicht imstande, der deutschen Industrie ein Absatzgebiet zu sichern, das sie für den entgehenden Absatz auf dem Weltmarkte entschädigen könnte, zumal dann nicht, wenn landwirtschaftliche Schutzzölle und sozialpolitische Reformen die industriellen Produktionskosten erhöhen. Aber noch eine andere Möglichkeit gibt es; die die Erweiterung unseres Wirtschaftsgebietes vermittels

einer Zollunion mit anderen Ländern, auf verschiedener Wirtschaftsstufe befindlich, von den Gefahren, die uns bedrohen, doch in gleichem Masse bedroht; mit anderen Worten eine zollpolitische Einigung mit Oesterreich-Ungarn und den christlichen Balkanstaaten und Abschliessung dieses Zollgebietes durch hohe Schutzzölle auf landwirtschaftliche und industrielle Produkte. Ein solches Bündnis würde von den grössten Vorteilen für alle Beteiligte sein. Das Wichtigste sei: neben der deutschen Landwirtschaft würde alsdann die Rohproduktion Ungarn's und der übrigen Donauländer, in dieser ihr Reichtum und damit die Grundlage ihrer politischen Selbständigkeit geschützt. Für Deutschland und Deutsch-Oesterreich aber würde dies der Schutz ihrer Industrie bedeuten, auf deren Blüte immer mehr ihr Nationalreichtum und vor allem das Wachstum beruht. Wegen des riesenhaft fortschreitenden Verkehrs würde das zwanzigste Jahrhundert vier oder fünf Weltreiche kennen, denen gegenüber alle übrigen Staaten bestenfalls als Mittelstaaten erscheinen, die Vereinigten Staaten von Nordamerika, England, Russland, vielleicht auch China und Frankreich. Wo aber bliebe dann die Machtstellung Deutschland's? Dieselbe scheine gesichert, wenn Deutschland sich mit den Völkern, deren Interressen und Unabhängigkeit in gleicher Weise bedroht seien, zu einem Bunde vereinige, der die Interessen ihrer aller gleichmässig gewährleiste. Dann erst würde die politische Entwickelung, die zur jetzigen Grösse Deutschland's geführt habe, ihre Vollendung erreichen. Dann könnte die deutsche Nation auf allen Gebieten des Lebens Früchte zeitigen, die die ganze Menschheit ewig bereichern würden.

Wermert geht 1889 von der Betrachtung der Abschliessung der Staaten durch autonome Zölle aus und sieht darin einen Grund für Ueberproduktion und Krisen. Auf dem europäischen Kontinent befände sich kein Staat, der wie Russland, Nordamerika und England auf sich selbst angewiesen zu sein ertragen könnte. Hier sei ein Staat vom anderen abhängig, was Produktion und

Absatz betrifft. Dem bereiten aber die autonomen Zölle die grössten Hindernisse. Es fände ein gegenseitiger Verkehr sozusagen durch ein Gitter statt. Die Handelsverträge gäben auch keine genügende Sicherheit, da sie von Jahr zu Jahr kündbar und ihre Zollsätze nur wenige Prozent niedriger seien, als die der autonomen Zolltarife. Und da käme eine Zolleinigung Deutschland's mit Oesterreich-Ungarn, den Balkanländern, Italien, der Schweiz, Belgien, Holland und Dänemark in Betracht. Ein solcher Verband wäre gegenüber der Konkurrenz England's, Russland's und Amerika's gesichert. Jeder Staat hätte entsprechenden Vorteil wegen des erweiterten und sicheren Absatzgebietes. Die Binnenzölle müssten abgeschafft werden unter Errichtung eines nicht zu niedrig bemessenen Zolls für das Zollausland. Nur formelle Gründe wären dagegen einzuwenden. Ein sachlicher, sehr bedeutungsvoller läge jedoch in den verschiedenen Währungsverhältnissen der einzelnen Staaten. Denn wenn z. B. der Papiergulden einen Kurs von 160 hat, der Goldgulden mit 2 Mark bezahlt wird, so würde der österreichische Industrielle eine Ausfuhrprämie von 20 % gewinnen. Um dem zu begegnen, könnte man die inneren Tarife nach dem Kurse der jeweiligen gangbaren Sorte von Zeit zu Zeit einer Revision unterwerfen. Als die wichtigste, einigende Massregel sieht er die Eisenbahn an, da durch Einführung von Vorzugstarifen für die Nachbarländer eine wirtschaftliche Ergänzung herbeigeführt werden könnte. Grosse Vorteile würde der mitteleuropäische Zollverein bringen. Auch in politischer Beziehung würden die vereinten Völker unbeschadet aller Stammeseigentümlichkeiten und dynastischen Interessen sich einander mehr und mehr nähern. Der mitteleuropäische Zollverein würde als eine geharnischte und gewappnete Macht dastehen, welche für eine längere Zeit eine sichere Bürgschaft für den europäischen Frieden enthielte.

Leusse empfiehlt 1888 aus landwirtschaftlichen Interessen eine Zollunion zwischen Deutschland und Frankreich, der sich notgedrungen die anderen Staaten anschliessen würden. Er befurwortet die Errichtung von Aussenzollschranken mit einer gleichenden Skala für alle agrarischen Produkte.

Sehr genau setzt sich 1891 Matlekovits mit einer deutsch-österreichisch-ungarischen Zollunion auseinander. Er bringt sogar einen Entwurf eines Unionvertrages zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Beide Staaten hätten das grösste Interesse an der Beförderung der handelsfreiheitlichen Richtung, denn diese beiden Wirtschaftsgebiete seien in ihrer Entwicklung nicht nur durch ihre gegenseitig lange gepflegten intimen Handelsverhältnisse zur gegenseitigen Zulassung ihrer Produkte erzogen und grossgewachsen, sondern auch auf den Export ihrer Industrien und den Bezug von Erzeugnissen anderer Länder angewiesen. Die Einigung Deutschland's mit Oesterreich-Ungarn ist zum Durchbruch des Freihandels und zwar auf die Weise, dass das wirtschaftliche Interesse dieser grossen Wirtschaftsgebiete als identisch hingestellt wird, dass die anderen Staaten hier mit einem wirtschaftlichen Individuum zu rechnen haben, dass die Produktion und Konsumtion eines Wirtschaftsgebietes mit wenigstens über 90 Millionen Einwohner in Frage käme, unter den bestehenden das zweckmässigste Mittel, die handelspolitischen Zustände Europa's und vielleicht der ganzen Welt zu reorganisieren und zu reformieren. Die Zolleinigung zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland sollte daher angestrebt werden und das Hauptziel der Bemühungen der Staatsmänner beider Staaten sein. Durch spezielle internationale Verträge könnte auch die Ausdehnung des Zollvereins auf Nachbarstaaten erfolgen und es sei Aufgabe des Zollvereins, in dieser Richtung tätig zu sein. Die Zwischenzollinie müsste wegen der Monopole und der Verzehrungssteuer aufrecht bleiben, auch wegen der Verschiedenheit der Finanzzölle. Das Zollvereinigungsgebiet müsste einen einheitlichen Aussenzolltarif festsetzen, Handelsverträge mit anderen Nationen müssten von beiden Staaten nur gemeinsam abgeschlossen werden dürfen. Gemeinschaftliche Zollinspek-

tionen und ein gemeinschaftlicher Zollvereinsrat seien einzurichten.

Zuletzt ist noch aus dieser Zeit als der wichtigste Vorläufer des mitteleuropäischen Gedankens Alexander von Peez zu erwähnen. Er wäre beinahe im Jahre 1867 Nachfolger Bruck's im österreichischen Handelsministerium geworden und hätte sich wohl geeignet und ebenbürtig seinem Vorgänger erwiesen. Zahlreich sind seine Schriften über Mitteleuropa, das seine Gedanken und sein Streben von Anfang an ausfüllte. Das Wort „Mitteleuropa" kehrt wie ein roter Faden in fast allen seinen Schriften wieder. So schrieb er schon im Jahre 1876: „Russland, England und die Handelsbeziehungen Mitteleuropa's". Im März 1889 hält er in der Gesellschaft österreichischer Volkswirte einen Vortrag über das Thema: „Mitteleuropa und die drei Weltmächte, Grossbritannien, die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Russland", 1890 daselbst einen Vortrag: „Der allamerikanische Tag 1889/90 und seine Bedeutung für Europa", 1891 daselbst einen Vortrag während den Vertragsverhandlungen zwischen dem Deutschen Reiche und Oesterreich-Ungarn über das Thema: „Der Zoll- und Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Oesterreich-Ungarn als Kern eines mitteleuropäischen Bundes". Im Jahre 1895 erscheint: „Mitteleuropa und die Balkanhalbinsel", und 1909: „Generalprobe auf den mitteleuropäische Bund".

Gross war auch sein Einfluss in Oesterreich. Er verstand es, kraft seiner Persönlichkeit, seine Gedanken zu verbreiten. Schon im Jahre 1876 setzte er sich für ein festes Bündnis in politischer und handelspolitischer Hinsicht zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn ein. In dem Vertrag von 1889 bemerkt er, dass die mitteleuropäischen Länder durch gewaltige Weltmächte überholt worden seien, England, Russland und die Vereinigten Staaten von Amerika. Die kleineren Länder müssten sich dem Druck dieser Weltbünde gegenüber in irgend einer Weise auch zu Bünden verstehen und zu Zollvereinigungen zusammenzutreten. Es läge

nahe, namentlich auch wegen der Annäherung Frankreich's zu Russland, dass der Dreibund sich zu einer wirtschaftlichen Vereinigung erweitert und das Bestreben dieser drei Staaten müsste nun dahin gerichtet sein, in eine Verbindung mit denjenigen Ländern zu treten, die sich in ähnlicher Vereinzelung befinden und teils aus Furcht vor Verlust ihrer staatlichen und volklichen Eigenart sich nicht wohl dem englischen oder russischen Bunde anschliessen könnten. Nehmen Sie an, fährt er weiter fort, es nicht als Phantasiebild betrachtend, dass diesem Bunde Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Italien, die Balkanländer und die türkischen Länder in Vorderasien angehören, sie würden 27 % der Erdoberfläche und 8 % der gesamten Bevölkerung der Erde umfassen. Wenn sich diesen Ländern noch Skandinavien, Belgien und die Schweiz anschlössen, so würde dieser Bund von 170 Millionen Einwohnern seine Rolle in der Welt in reichlichem Masse ausfüllen. Namentlich für Deutschland würde diese Verständigung mit Nachbarländern von Notwendigkeit sein wegen des starken Aufschwunges seiner Industrie nnd seiner Bevölkerung.

Angesichts des amerikanischen Tages 1889/90 in Washington und der drohenden riesigen Macht von Amerika fragt er sich, was kann Europa gegen diese Gefahr tun? Auf den amerikanischen Zollverein wird ein europäischer Zollverein die Antwort sein. Sollte aber auch der Gedanke eines europäischen Zollvereins als ein Gebilde der Zukunft erscheinen, so sei dagegen die Verständigung zur Abwehr der von den Vereinigten Staaten drohenden, tief einschneidenden Gefahr ein sehr aktuelles Bedürfnis. So würde dann hoffentlich Allamerika früher oder später ein Alleuropa erwecken, d. i. eine Vereinigung sämtlicher europäischer Staaten zum Schutze notwendiger, gemeinsamer Interessen. Der europäische Bund sei in Aussicht zu nehmen wegen der immer grösseren Seltenheit der offenen Märkte, der Ansprüche der arbeitenden Klassen, der inneren Sozialreformen und der Zunahme von Bevölkerung und Industrie.

In dem Vortrage von 1891 fasst er wiederum den Plan eines Mitteleuropa fest ins Auge, indem er sagt: „Wenn wir an einer Stelle Frieden schliessen, so ist schon viel gewonnen, und wenn Deutschland und Oesterreich-Ungarn sich ehrlich und freundschaftlich ohne Uebervorteilung verständigen, so werden auch andere Ursache haben, sich anzuschliessen und so könnte ja allmählich sich ein Kern bilden gegen die Beeinträchtigungen, die von seiten Russland's und der Vereinigten Staaten gegen uns schon seit langer Zeit spielen und immer mehr verschärft werden, um denselben endlich ein Halt entgegenzurufen."

Im Jahre 1895 sieht er klar und deutlich in England den Feind, und dass gerade der Dreibund seitens der öffentlichen Meinung England's fast am wenigsten als Freund genannt werde. In der Tat dürfte es für die beiden mitteleuropäischen Staaten, die von allen Seiten dem Stosse feindlicher, politischer und kommerzieller Einflüsse ausgesetzt sind, kaum ein anderes und wirksameres Mittel der ungebrochenen Erhaltung in diesem Getümmel widerstreitender Interessen geben, als eine schärfere, klar durchdachte und energisch durchgeführte Vereinigung ihrer Kräfte für die Aufgaben des Krieges wie des Friedens. In handelspolitischer Beziehung würde diese Verbindung nicht mehr durch eine Zolleinigung zu erstreben sein, wohl aber durch ein Zollbündnis, welches, nach Art des Vertrages vom 19. Februar 1853, mit Beseitigung der Klausel der meistbegünstigten Nation für den Verkehr zwischen Deutschland und Oesterreich eine Zwischenzollinie mit mässigen Zollsätzen herstellen würde. Der Sinn dieses Bündnisses wäre der, dass die beiden Länder zunächst den inneren Markt den Bürgern des eigenen Landes vorbehalten, denjenigen Teil des Marktes dagegen, den sie anderen überlassen wollen, zunächst den Produzenten des mit ihnen enger verbündeten Landes zuweisen.

Wir haben gesehen, wie sehr die Literatur seit dem Ende der siebziger Jahre sich namentlich mit einer deutsch-österreichischen Zollunion beschäftigt. Verschieden

sind zwar die Gründe, die man hierfür vorbringt, aber in dem zu erstrebenden Ziele ist man sich vollkommen einig. Sei es, dass nun das agrarische Interesse, sei es, dass das industrielle als ausschlaggebend angeführt werden. Schutzzöllner, wie Kauffmann, Bergmann und Peez, Freihändler, wie Molinari, Walcker, Brentano und Matlekovits sind sich in dieser Forderung einig und schliessen, sonst die schärfsten Gegner, in diesem Punkte einen Kompromiss. Die Schutzzöllner glauben, ihr System leide nur an dem Missverhältnis zwischen heimischer Produktion und eigenem, sicherem Absatze und suchen das letztere durch ein zollerweitertes Gebiet zu erreichen. Die Freihändler sehen in einem erweiterten Absatzgebiete den ersten Schritt zur allmählichen Durchführung des Freihandels und eventueller Beseitigung der Zollschranken auf der ganzen Welt. Wirtschaftliche und politische Hoffnungen knüpft man in hohem Masse an ein zollerweitertes Gebiet an. Wir finden dieselben Gedanken wiederkehren wie bei List und Bruck, die Erwägung namentlich der drohenden Gefahr der grossen Staaten mit ihren günstigen Produktions- und Konsumtions-Verhältnissen spielt eine grosse Rolle. Den Weltreichen Russland, England und Amerika können die einzelnen Staaten als solche nicht die Stirne bieten. Nur wenn sie sich zusammenschliessen, können sie den Wettbewerb aushalten. Dadurch würde ein neues mitteleuropäisches Weltreich entstehen, das den Riesenmächten an Zahl der Bewohner und an Umfang gewachsen wäre. Vereint können sich die Staaten den Abschlussbestrebungen der Riesenmächte gegenüber entgegensetzen und ihre sonst einzeln zu schwachen Kräfte werden genügen, um einen Gegendruck auszuüben. Verschieden sind zwar die angestrebten Zollunionen, was ihren Umfang anbetrifft, sie schwanken zwischen der Forderung eines verbündeten Europas und einer deutsch-österreichischen Union. Die letztere kehrt aber immer wieder bei allen Schriftstellern und schält sich wie ein einzelner Kern heraus. Ein Zollbündnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn ist für alle

eine condicio sine qua non für eine gedeihliche wirtschaftliche Entwickelung beider Länder. In Anbetracht der vielen Schwierigkeiten ist die zukünftige Geltung beider Länder lediglich in einem erweiterten Zollgebiet zu suchen. Stärkung der heimischen Produktion im Innern und Ausdehnung und Sicherung des Absatzgebietes sind ja die hauptsächlichsten Grundlagen und Vorbedingungen für eine gesunde Handelspolitik. Namentlich das letztere Erfordernis spielt bei den zollunionistischen Bestrebungen eine grosse Rolle. Dies trat besonders zu tage nach Verlassen der freihändlerischen Handelsrichtung und Einführung der autonen Zolltarife. Beide Länder fühlten ihre tatsächliche, wirtschaftliche Zusammengehörigkeit, die durch die zollpolitischen Massnahmen in hohem Mass gefährdet und gehindert wurden. Ausserdem kam dann die fortwährende Aenderung der Zolltarife und die dadurch eingetretene Unsicherheit für Industrie und Handel in Betracht.

Und es ist wohl auch nicht im Geringsten zu leugnen, dass erweitertes Zollgebiet in jeder Hinsicht einen Vorteil bedeutet. Wenn man auch die Schwierigkeiten zu würdigen versteht und sich ihrer vollkommen bewusst ist die sich der zollpolitischen Vereinigung zweier Länder in den Weg stellen. Die Zolleinigung als solche bietet zunächst nicht das grösste Hindernis. Zwei Voraussetzungen sind hierfür Bedingung: 1. allmähliche und gleichmässige Herabsetzung der beiden gegenseitigen Zolltarife auf eine gleiche Höhe; 2. Verpflichtung, keine Meistbegünstigungs- und Tarif-Verträge mit dritten Staaten abzuschliessen. Die Gleichsetzung und eventuelle endliche Beseitigung der Zollsätze ist durch in bestimmten Zeitabschnitten eintretende und zu vereinbarende Herabsetzung zu erreichen. Durch das Verbot des Abschlusses von Meistbegünstigungs-Verträgen mit dritten Staaten und durch ein dadurch geschaffenes Differenzialsystem wird den beiden Staaten, sowohl deren Industrie wie Landwirtschaft, der Uebergang erleichtert und ermöglicht. Die Volkswirtschaft erträgt leichter einen Konkurrenten, wenn sie nicht zugleich vielen ausgesetzt ist. Die Haupthindernisse liegen jedoch,

wie schon erwähnt, nicht hierin, sondern namentlich sind sie in finanziellen und politischen Gegensätzen zu suchen. Selbstverständlich ist ein gegenseitiges Abwägen der allgemeinen politischen Voraussetzungen erforderlich. Was erstere betrifft, so werden Verschiedenheit der Verbrauchssteuer und der Konsumtion eine gerechte Verteilung der Zollerträgnisse erschweren. Ein wichtiges Hindernis bietet auch die Verschiedenheit der Währungsverhältnisse. Ferner ist es notwendig, dass beide Staaten dem Auslande gegenüber als handels- und zollpolitische Einheit auftreten und dass die Erträgnisse der dritten Staaten gegenüber bestehenden Zölle gemeinschaftlich erhoben werden. Die Würdigung der Schwierigkeiten und Widerlegung der Haupteinwände wollen wir nun bringen. Vorerst soll jedoch wenigstens ein Vertreter der gegnerischen Literatur zu Worte kommen.

Als ausgesprochener Gegner einer Zollunion erweist sich Mamroth in seiner Abhandlung: „Das Projekt eines österreichisch-deutschen Zollvereins 1886". Er führt auch die hauptsächlichsten Einwände und Gegengründe für eine Zollunion ins Feld, die zum Teil von den anderen Schriftstellern angeführt werden. Im Anschluss an die oben erwähnten Ausführungen Brentano's führt er in kurzem Abriss ungefähr Folgendes aus: Ein österreichisch-deutscher Zollverein ist aus allgemein politischen, finanzpolitischen und volkswirtschaftlichen Gründen entschieden zu verwerfen. Die politischen Gründe setzt er nicht näher auseinander, weist lediglich auf die Worte von Schultze-Delitzsch hin, welcher sagt, dass nur solche Länder sich zu einer Zolleinigung eignen, zwischen denen ein wirtschaftlicher und politischer Antaganismus nicht wohl möglich ist, wo vielmehr die politischen und wirtschaftlichen Interessen dauernd ineinanderlaufen. Weiter aus dem Berichte der Handelskammer von Elberfeld/Barmen: „Was soll aus der einheitlichen Handelspolitik werden, wenn z. B. Preussen mit England im besten Vernehmen steht, während Oesterreich sich mit ihm in der orientalischen Frage entzweit? Weshalb sollte der Verkehr

der Ostsee-Staaten mit England alle Folgen eines Handelskrieges tragen, den etwa die Grenzverhältnisse in Italien oder politische Ursachen zwischen Oesterreich und England entzünden?“ Aus finanzpolitischen Gründen ist eine Zollunion nicht möglich, da Deutschland durch seine Zölle die direkte Besteuerung der einzelnen Staaten zu ergänzen und teilweise zu ersetzen hat. Da ist es nicht zu empfehlen, dass sich Deutschland an Oesterreich-Ungarn fessele, da Oesterreich-Ungarn in seinem Zollwesen keinen einheitlichen Staatskörper bildet, es basiert auf einer Zollunion zwischen Oesterreich und Ungarn. Das würde nicht mehr einen Dualismus, sondern einen Pluralismus bedeuten. Eine Schwierigkeit bietet die Verschiedenheit der Verbrauchsbesteuerung und das Tabak- sowie Salzmonopol Oesterreichs. Die einzuführenden Uebergangsabgaben würden eine ganz andere Grenzüberwachung möglich machen, namentlich bezüglich des Tabaks, und dadurch würde ein wesentlicher Vorzug der Zolleinigung wegfallen. Ferner wäre die Verteilung der Zolleinkünfte nicht leicht, auch wenn die wichtigsten Finanzartikel (Bier, Branntwein, Wein, Zucker, Salz, Petroleum, Kaffee etc.) aus der Gemeinschaft ausgeschieden wären. Die Durchschnittseinnahme im Deutschen Reiche betrug $3^3/_4$ Mark auf den Kopf, in Oesterreich-Ungarn $1^1/_3$ Mark. Ein anderes Hemmnis für die Zollunion ist die Verschiedenheit der Währung. Man müsste sich über ein gleichmässiges Verfahren bei der Annahme verschiedener Münzen vereinigen. Dann sind Reduktions- und Valvations-Tabellen zum Gebrauche sowohl der Zollämter, als des handeltreibenden Publikums öffentlich bekannt zu machen. Deutschland wird sich beim Schwanken der österreichischen Papiergulden schwerlich dazu verstehen, letztere an seinen Zollstätten anzunehmen. Ausserdem würden bei schlechter österreichischer Valuta die Staaten, welche mit Oesterreich in lebhaftesten Handelsbeziehungen stehen, mit österreichischen Waren überschwemmt werden. Es ist kaum anzunehmen, dass man in Deutschland oder Oesterreich erträglich finden würde, zeitweilig zu gunsten der Industrie

des anderen Staates schwerwiegende Opfer zu bringen. So wäre schon die Verschiedenheit der Währung geeignet, die Sprengung einer österreichisch-deutschen Zollunion herbeizuführen. Die Getreideeinfuhr aus Oesterreich-Ungarn würde für die deutsche Landwirtschaft eine Konkurrenz bedeuten wie gegenwärtig die russische oder amerikanische. Die Verhinderung des russischen Getreideimportes würde von Nachteil für den deutschen Handel und die deutsche Industrie sein. Dadurch wiederum würde der Weltgetreidepreis sinken und die englische Industrie stärken und Russland würde seine Schutzzölle für Fabrikate erhöhen. Dafür könnte der österreichische Markt der deutschen Industrie keinen Ersatz bieten. Da die österreichische Regierung auf Annahme ihres Tarifes seitens Deutschland bestehen würde, wäre das eine Erweiterung der Schutzzollpolitik. Dadurch würde der Import aus den westlichen Ländern, wie auch der Export nach innen abnehmen. Es ist jedoch leichter, die Einfuhrbeschränkungen durch eigene Fabriken, als die von Rohprodukten bis auf das Mass der eigenen Bedürfnisse zu steigern. Der österreichisch-ungarische Markt kann hierfür keinen Ersatz bieten. Der Export nach Oesterreich-Ungarn betrug von dem Gesamtaussenhandel Deutschland's 34 %. Und da könnten die übrigen Länder, die die 66 % aufnehmen, der Industrie Deutschland's mehr schaden, als der freie Verkehr mit Oesterreich nützen. Fielen die Zollschranken, so würde die österreichische Industrie in vielen ihrer Zweige einen heftigen Konkurrenzkampf zu bestehen haben. Was die Steigerung der Konsumtionskraft der Donauländer betrifft, so würden noch viele Jahre vergehen und deren Kulturfortschritte würden der österreichischen Industrie zunächst anheimfallen. Der Hinweis auf den Orient sei verfrüht. Ausserdem wird nach Vollendung der türkischen Bahnen der Engländer bei der billigen Seefracht und seinen langjährigen Handelsbeziehungen zur Türkei nicht leicht aus dem Felde zu schlagen sein. Er schliesst seine Betrachtungen mit diesen Sätzen: „Das Projekt eines österreichisch-

deutschen Zollvereins ist geeignet, phantasievolle Naturen im ersten Augenblick zu begeistern, allein bei richtiger Erwägung des Für und Wider erscheint die Realisierung unendlich schwierig; es erscheinen die Vorteile für Deutschland in seiner Gesamtheit zweifelhaft, die Nachteile die Vorteile überwiegend",

Da sind es zunächst allgemein politische Gründe, die gegen eine Zollunion sprechen sollen. Dass politische Erwägungen auf beiden Seiten geboten sind, bevor zwei Staaten sich zollpolitisch enger zusammenschliessen, ist selbstverständlich. Man glaubt, dass der wirtschaftliche Anschluss auch auf das allgemein politische übergreife, und dass die politische Selbständigkeit der betreffenden Bundesstaaten gefährdet sei. Namentlich sind es hier die kleinen Staaten, wie Belgien, Holland und die Schweiz, bei denen man das in Retracht zu ziehen gewohnt ist. Bismarck hat den Satz ausgesprochen, dass politisches Einverständnis mit wirtschaftlichem nichts gemein habe. Und das hat auch die neueste Zeit erwiesen. Man sieht politisch freundlich gesinnte Staaten in wirtschaftlichem Zerwürfnis und umgekehrt. Oesterreich und Ungarn sind trotz der Zollunion nicht näher gekommen. Der deutsche Zollverein hat seine Mitglieder nicht gehindert sich zu befehden, während die Zollbehörden ruhig ihres Amtes walteten. Es ist jedoch keineswegs der wohltätige, politische Einfluss zu leugnen, wenn zwei Staaten sich auf wirtschaftlichem Gebiete vereinen. Immer mehr wird die grosse Politik auch Wirtschaftspolitik. Der Satz, dass politische Feindschaft sehr wohl wirtschaftliche Kämpfe ertrage, hat immer weniger gläubige Anhänger. Denn es ist klar, dass wirtschaftliche Zwistigkeiten keineswegs zur politischen Freundschaft führen. Durch regen, wirtschaftlichen Verkehr, durch Austausch gegenseitiger Produkte usw. schliessen sich die Staaten nur umso enger aneinander, sodass nicht so leicht politische Feindschaft entstehen kann. Wirtschaftliche Zusammengehörigkeit wird doch jeden politischen Zwist ungemein erschweren. Was nun die Gefahr des Verlustes politischer Selbständigkeit

betrifft, so ist sie ganz grundlos. Die Verfassung einer Zollunion gibt doch gar keine Möglichkeit zu politischen Uebergriffen. Schon die Zwischenzollinie markiert äusserlich die Verschiedenheit der beiden Gebiete. Die Handhabung der zollpolitischen Bestimmungen erfolgt doch fernerhin durch die gesetzgebenden Körperschaften und spielt sich auf internationalem Rechtswege ab. Wenn die bisherigen internationalen Vereinbarungen die Selbständigkeit der einzelnen Staaten nicht gefährdeten, warum soll das bei einer Zollunion der Fall sein? Und es ist nicht anzunehmen, dass durch Bildung gemeinschaftlicher Zollorgane die Staaten dadurch ihre Selbständigkeit einbüssen. Auch in anderen internationalen Vereinbarungen haben sie ihre Selbständigkeit beschränkt, aber doch nur Vorteile daraus gezogen und an politischer Selbständigkeit doch nichts eingebüsst. Es ist also unbegründet anzunehmen, dass die zollpolitische Einheit zur Unterdrückung eines einzelnen oder zur politischen Einheit führen sollte. Der Einwurf des sogenannten Meistbegünstigungsrechtes ist jetzt ohne grosse juristische Deutungen Für und Wider, namentlich in betreff des Artikel 11 des Frankfurter Friedens durch den Krieg gelöst worden, der jegliche, auch handelspolitische Abkommen aufhob.

Dass dritte Staaten die Zollunion als eine Kampforganisation ansehen und zu Retorsionen greifen würden, ist nicht anzunehmen. Dies wäre wohl der Fall, wenn der Zollbund im Abschluss oder zumindest in Schutzzöllen sein Heil suchen wollte. So wie er jedoch in seinem Innern zunächst dem freieren Verkehr ein grösseres Gebiet sicherstellen will, so will er dadurch andere Staaten dazu bewegen. Sein Ziel ist, bessere und geordnetere internationale Handelsbeziehungen anzubahnen und zu schaffen, was doch schliesslich der Beweggrund auch für sein Zustandekommen war. Und wenn auch dritte Staaten zu Retorsionen greifen, so werden die Gründe nicht in der Zollunion zu suchen sein, die auch wiederum mit ihrer grösseren wirtschaftlichen und politischen Macht solche nicht nur besser ertragen, sondern auch eine

Aenderung hierin leichter werden verursachen können. Die Befürchtung Mamroths wegen drohender Zollerhöhungen seitens anderer Staaten sind demnach grundlos. Diese Staaten werden nicht anders verfahren, als wenn sie die einzelnen nicht geeinten Staaten vor sich hätten. Greifen sie zu Retorsionen, so kann man mit vereinter Macht besser dagegen ankämpfen. Gleiche Münz- und Währungs-Verhältnisse sind in den beiden Staaten anzustreben. Eine entwertete Valuta würde zu einer Art Exportprämie führen. Dies würde wiederum einen Anreiz zu gesteigerter Produktion bilden und den Export des einen Landes heben, die Produktion des anderen Landes gefährden. Als ein Hindernis können die Schwankungen der Valuta nicht angesehen werden. Sie galten doch auch nicht als Hindernis bei Anschluss von Handelsverträgen. Die Berechnung der Zollsätze und deren Verteilung würde deshalb keine Schwierigkeiten bieten. Und was den Verkehr betrifft, so haben und werden die Valuta-Verhältnisse immer einen unsicheren Teil in der gegenseitigen Konkurrenz bilden Die Höhe der Zölle und deren Bestehen und deren Nichtbestehen spielt dabei keine Rolle. Und zuletzt ist eine schlechte Währung doch nur als eine vorübergehende Erscheinung aufzufassen. Und es liegt im Interesse eines solchen Staates, diesen, namentlich für den Aussenhandel so wichtigen Faktor, zu regulieren, da er doch am meisten darunter leidet. Die unsichere Valuta ist für den anderen Staat lediglich von einseitigem Nachteile, den eigenen Staat schädigt sie sozusagen im täglichen Leben. Von der Einführung von Reduktions- und Valvations-Tabellen, wie Mamroth sagt, sogar für das handeltreibende Publikum, kann wohl gar nicht die Rede sein. Die müssten sonst doch jetzt auch schon im allgemeinen Gebrauch sich befinden. Wir fassen das als eine unnötige Uebertreibung auf, denn wie oft hat jetzt jeder Kaufmann mit Kursschwankungen zu tun, ohne dass er da besondere Massregeln bedürfte. Durch eine Zollunion wird im Gegenteile die schlechte Währung sich eher aufbessern können wegen der mannigfaltigen

wirtschaftlichen Vorteile, die sie für das Land bringt und die Stabilität der guten Währung sichern. Liegt doch allein in dem gesicherten grösseren Absatzgebiet ein Faktor, der sehr günstig die Währung beeinflussen muss.

Was die Verteilung der Zolleinnahmen betrifft, so ist diese Schwierigkeit nicht zu leugnen, jedoch auch nicht unüberwindbar. Es muss sich auch ein Mittel für gerechte Verteilung finden lassen. Dabei ist der Flächenraum, die Bevölkerungsdichte und die verschiedene Konsumfahigkeit in Betracht zu ziehen. Das Behalten der an der Grenze eingenommenen Zölle durch jeden Staat ist von vornherein auszuschliessen wegen der Ungleichheit der Ausdehnung und Wichtigkeit der Grenze, und weil der Uebergang über die Grenze in keinem Zusammenhange mit dem Bestimmungsorte der Ware steht. Ebensowenig kommt in Betracht hierbei der Flächenraum wegen der verschiedenen Bevölkerungsdichtigkeit. Die Bevölkerungsziffer gäbe den besten Verteilungsmodus, wenn die Konsumtionsfähigkeit mit der Bevölkerung in demselben Verhältniss stünde. So hat man im deutschen Zollverein die Bevölkerungsziffer angenommen, jedoch bei manchen Ländern einen bestimmten Prozentsatz zugeschlagen. Bei der Verteilung wurden bei einzelnen Staaten grössere Bevölkerungsziffern angenommen, als sie in Wirklichkeit vorhanden waren. Am besten wäre es, wenn die Zolleinnahmen der beiden Staaten in ein bestimmtes Verhältnis gesetzt würde, das dann für die Verteilung massgebend sein würde.

Die Verschiedenheit der Verbrauchssteuern erfordert eine Ausgleichsabgabe im Zwischenverkehr. Man wird darnach streben müssen, allmählich ein gleiches Steuermass einzuführen. Dies muss selbstverständlich in allmählichen Abstufungen geschehen, da die verschiedenen Produktionszweige sich auf Grund der verschiedenartigen Besteuerung auch verschieden entwickelt haben. So ist dadurch der eine Produktionszweig in dem einen Lande Grossbetrieb, in dem anderen Klein- oder Mittelbetrieb. Unter die ersteren fallen namentlich die Monopole, deren

Einführung jedoch jetzt schon für die Verzinsung und Tilgung der Staatsanleihen vielfach empfohlen wird. Was den befürchteten Pluralismus betrifft und die dadurch erschwerte Leitung der Zollpolitik, so ist es klar, dass zwei leichter vereinigt werden als drei. Jedoch ist das ein Nachteil gegenüber den Vorteilen, die dann die schliessliche Einigung bringt? Die selbständige autonome Zollpolitik hat zur Reaktion geführt. Man sah in Handelsverträgen schon einen Vorteil nnd ein günstiges Mittel. Und entäusserte sich der Staat schon damit seines alleinigen Selbstbestimmungsrechtes in dieser Hinsicht? Aber da waren die Vorteile gross und richtig eingeschätzt, wenn man auf einige Jahre mit sicheren Verhältnissen rechnen konnte. Wie sehr muss das erst bei einer Zollunion der Fall sein. Da werden doch die Schwierigkeiten des Einverständnisses zwischen den Regierungen kaum ins Gewicht fallen können. Dieses könnte man schliesslich durch Schaffung einer Generalkonferenz oder eines Zollparlaments vermeiden, das zu gemeinsamen Beschlüssen ermächtigt wäre. Diese Behörde müsste mit der Zollgesetzgebung und Zollverwaltung autonom betraut werden.

Nun kommen wir zu den letzten Einwänden und zwar, was die Gefährdung der deutschen Landwirtschaft und der österreichischen Industrie durch eine Zollunion betrifft. Abgesehen davon, dass seit dem letzten Handelsvertrag zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland der Import landwirtschaftlicher Produkte stark in Abnahme begriffen ist, wegen der zunehmenden Industrialisierung und Bevölkerung in Oesterreich, so ist doch sowieso Deutschland auf einen grossen Import landwirtschaftlicher Erzeugnisse angewiesen. Zur Zeit einer ungehinderten Einfuhr von landwirtschaftlichen Produkten seitens Oesterreich-Ungarn's hat sich trotzdem die deutsche Landwirtschaft gehoben. Für die deutsche Volkswirtschaft wirkt auch die Verteuerung der ersten Lebensbedürfnisse ungünstig, namentlich auf die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie. Ausserdem würde durch einen gesteigerten Import landwirtschaftlicher Produkte seitens

Oesterreich's eine umso grössere Menge deutscher Erzeugnisse auf dem österreichischen Markte ihren Absatz suchen und finden. Dies alles wäre erst bei vollständig aufgehobenen gegenseitigen Zollschranken und einem freien Verkehr zu erwägen sein. Bei einem doch vorerst noch bestehenden Zwischenzolltarif würde ein entsprechender Schutz und eine Abgrenzung möglich sein. Ein Zwischentarif wird für eine gewisse Uebergangszeit bestehen bleiben. Dieser Zwischentarif müsste in einem bestimmten Verhältnis zum Aussentarif stehen. Auch in letzterem muss eine Einheit angestrebt werden. Solange dies nicht der Fall wäre und verschiedene Aussenzölle bestehen, so mussten die Zwischenzölle in demselben Masse erhöht werden, in welchem der Aussenzoll herabgesetzt wird. Daher wird es auch von Vorteil sein, wenn beide Staaten gemeinschaftlich Handelsverträge abschliessen und ihre Aussenzollsätze festsetzen. Dies würde auch einen grossen Vorteil bei Vertragsverhandlungen mit dritten Staaten ausmachen. Die gleichen Ausführungen gelten für die angeblich gefährdete österreichische Industrie. Zugegeben, dass die österreichische Industrie die freie Konkurrenz nicht ertragen würde, so wären auch hierfür die Zwischenzölle dementsprechend einzurichten, nicht zu sprechen von der selbsttätigen Absatzregelung durch die Kartelle. Dass die Steigerung der Konsumtionskraft der Donauländer, wie Mamroth behauptet, noch viele Jahre gebrauche, da möge es doch genügen, dass eine Steigerung möglich ist. Schlimmer wäre es bestellt, wenn die Konsumtion sich zu steigern nicht mehr imstande wäre. Dass der Hinweis auf den Orient verfrüht sei, darauf wollen wir im Schluss eingehen. Die Einwände gegen eine Zollunion im Grossen und Ganzen sind nicht zu missachten, aber wohl zu beheben. Bei allen Gegengründen genügt es doch eigentlich an das Zustandekommen des deutschen Zollvereins zu erinnnern, an die dort überwundenen Schwierigkeiten und die dadurch geschaffenen grossen Vorteile.

III.

Im Anschluss an den Hinweis Mamroth's, dass der Orient von keiner grossen Bedeutung und Entwicklungsmöglichkeit in wirtschaftlicher Hinsicht sei, wollen wir uns das Gegenteil klar legen. Schon List erkennt die Wichtigkeit des Orients an in seinen 1846 erschienenen Aufsätzen: „Die politisch-ökonomisch-nationale Einheit der Deutschen" und „Ueber den Wert und die Bedingungen einer Alliance zwischen Grossbritannien und Deutschland". Aus der zukünftig drohenden Gefahr seitens Amerikas und Russlands sieht er die Rettung in einem Protektorate Englands über Asien, welches lediglich durch eine Allianz Englands mit Deutschland-Oesterreich ermöglicht wird. Sehr richtig schätzt er die Richtigkeit des Orients für Deutschland ein, wenn auch England seinen Aufforderungen keine Folge geleistet hat. „Kleinasien und Aegypten begreifen die fruchtbarsten Gegenden der Welt in sich, und da jetzt dort kein Landeigentum besteht, so würde eine zivilisierte Regierung ein gewaltiges Mittel in Händen haben, den Strom der europäischen Auswanderungen nach jenen Ländern zu leiten. Hier würden Stapelplätze nicht nur für den englischen Handel, sondern auch für die englische Land- und Seemacht etabliert werden können. Von hier aus würden mit Leichtigkeit und in kurzer Zeit Flotten und Armeen nach denjenigen Punkten im Osten geworfen werden können, wo man ihrer bedarf". Zur Durchführung dieser Politik empfiehlt List ein Bündnis England's mit Deutschland. Ferner die Ausdehnung der deutschen Herrschaft über alle europäischen Besitzungen in der Türkei. Die Hauptsache wäre jedoch die enge Allianz Mitteleuropa's. Und mit Recht erkannte List die grossen Interressen für Deutschland im Orient.

Deutschland's Industrie ist auf den Export angewiesen. Der innere Markt genügt nicht und schon jetzt hat Deutschland in diesen Ländern ein Absatzgebiet gefunden, das noch sehr entwicklungsfähig ist. Namentlich ist das von Bedeutung, je schwieriger sich der Zugang für Deutschland in anderen Erdteilen gestaltet. Wie eng die Interessen Deutschland's mit dem Orient verwachsen sind, lehrt uns ein Blick in die Geschichte. Hunnen, Magyaren und Türken stürmten gegen das deutsche Bollwerk. Dem standhaften Festhalten Oesterreich's an seiner Mission verdankten die anderen Staaten ihren Vorsprung und ihre dadurch gesicherte Entwickelung. Dabei spielte die damalige Türkei für Frankreich die Rolle gegenüber Deutschland, die heute Russland übernommen zu haben scheint. So oft auch die deutschen Stämme sich einigten, so unter Karl dem Grossen, Heinrich dem Dritten und Friedrich dem Ersten, waren sie sich ihrer Kraft gegenüber dem Orient bewusst. Und es besteht ohne Zweifel ein gegenseitiges Ineinandergreifen der deutschen und orientalischen Frage. Jetzt, wo die Konsolidierung der deutsch-österreichischen Verhältnisse bevorsteht, ist die Möglichkeit vorhanden, die Stosskraft des deutschen Volkes nach dem Orient zu richten und dort reiche Früchte zu ernten. Welch grosse Bedeutung hatte der Orient für die Blüte Deutschland's vor der Türkeninvasion. Das damalige Byzanz und sein Reichtum waren von wirtschaftlich günstigsten Folgen für Deutschand. Und waren es lediglich religiöse Motive, die die Kreuzzüge verursachten? Sicherlich waren es die Schätze und der Reichtum des Orients, die lockten. Seit der Eroberung Konstantinopels fällt der Zusammenhang mit dem Kontinent fort. Die Notwendigkeit, einen neuen Weg nach Indien zu finden, führte zur Entdeckung Amerika's und zur Umschiffung Afrika's. Seit dem beginnt die Hegemonie der Staaten am atlantischen Ozean, die nun, einander ablösend, den Handel mit Ostindien als Grundlage, aufblühten. Zuletzt wurde die Weltmacht England's begründet. Es beweist zur Genüge, dass nur die Wiederaufrichtung des

Ueberlandweges über Konstantinopel nach Indien das entscheidendste Mittel sein wird, um neues Leben und wirtschaftliche Zukunft den Donauländern zu gewähren und dadurch Deutschland's Macht zu sichern und zu stärken. Von grossem Vorteile ist die Ausführung der Eisenbahn durch Kleinasien und die Euphratländer und, was die Hauptsache ist, bildet diese Eisenbahn dann eine direkte Einwirkung auf Indien, die Hauptkraft England's. Dadurch ist wiederum ein grosser Einfluss auf England gewonnen und Nachgiebigkeit seitens berechtigter Interessen Deutschland's. Wie gross auch die orientalische Frage und deren Ausgestaltung für Mitteleuropa ist, so sind alle diese Vorteile erst in der Zukunft erfüllbar und von Bedeutung, denn Oesterreich und sämtliche Balkanstaaten und die Türkei können Deutschland den Weltmarkt nicht im entferntesten ersetzen. Eine autarkische Abschliessung ist ein Unding. Dadurch wird nicht die Frage gelöst, wie Deutschland, der Industriestaat, sich in der Weltwirtschaft durchsetzen kann, um seiner Bevölkerung die nötigen Nahrungsmittel und der Industrie den Bezug von Rohstoffen und gesicherten Absatz zu sichern. Es ist nicht notwendig, dass ein enger, handelspolitischer Zusammenschluss der erwähnten Staaten, einen Abschluss von der Weltwirtschaft zur Voraussetzung haben muss. Es bleibt für Deutschland eine Lebensbedingung, seine Beziehungen weiterhin in der Weltwirtschaft zu vergrössern und es muss mit Mitteleuropa in solches zollpolitisches Verhältnis treten, dass die Weltwirtschaft in keiner Hinsicht gefährdet wird, ungleich aber auf Gestaltung und Sicherung engerer Handelsbeziehungen zu Oesterreich, den Balkanstaaten und der Türkei bedacht sein. In den abzuschliessenden Verträgen ist dann darauf besonders Gewicht zu legen. Ein Land wie Deutschland, welches zur industriellen Betätigung über den Nahrungsspielraum seiner eigenen Landwirtschaft hinausgewachsen, ist auf die Einfuhr von Rohstoffen und Nahrungsmiteln angewiesen. Je grösser das Vorwiegen der Industrie, desto mehr tritt das in Erscheinung. Deutschland kann

wohl während der Dauer des Krieges mit seinen eigenen landwirtschaftlichen Erzeugnissen auskommen, im Frieden aber nicht. Der Krieg hat zwar gelehrt, wie wichtig für die Volkswirtschaft die Entwicklung der nationalen Produktivkräfte ist, sowohl in der Landwirtschaft, wie in der gewerblichen Tätigkeit, aber von einem geschlossenen Handelsstaat kann nicht die Rede sein. Nach Friedensschluss wird die deutsche Volkswirtschaft vor eine schwierige Aufgabe gestellt. Mit Sicherheit lässt sich sagen, dass der Aussenhandel eine Hochkonjunktur wegen der benötigten Zufuhren erleben wird. Eine Ausfuhr wird erforderlich sein nicht nur zur Rückbildung der Devisenkurse, sondern um zur Deckung des Inlandsbedarfes Gegenwerte zu schaffen. Mitteleuropa ist jedoch nicht imstande, die Lebensmittel und Rohstoffe zu liefern, die Deutschland benötigt. Der Anteil Oesterreich-Ungarn's Rumänien's, Bulgarien's, Serbien's, Griechenland's und der Türkei betrug an der Versorgung Deutschland's mit Rohstoffen für Industriezwecke und mit Lebensmitteln im Jahre 1913 in tausend Mark:

Waren:	Einfuhr:	Prozentueller Anteil:
1. Rohstoffe für Industriezwecke.		
Baumwolle	2 092	0,03
Wolle	3 380	0,08
Kupfer	—	—
Rindshäute	17 591	5,46
Rohseide	3 482	2,25
Felle	6 422	5,27
Eisenerze	1 961	0,86
Kautschuk	—	—
Petroleum	11 968	17,12
2. Lebens- und Futtermittel.		
Weizen	17 381	4,16
Malzgerste	21 049	85,37
andere Gerste	10 829	2,96

Waren:	Einfuhr:	Prozentueller Anteil;
Geflügel, Eier u. Eigelb	82 900	42,71
Milch, Butter u. Butterschmalz	2 004	1,69
Schmalz u. Talk	940	0,50
Reis	—	—
Mais	8 213	8,05
Kleie	6 250	4,79
Reisabfälle	718	3,75
Oelkuchen u. dergleichen	7 123	6,00
Schlempe	—	—
Treber	2 966	15,44

Hieraus ersieht man, wie sehr Deutschland auf den Weltmarkt angewiesen ist und wie gering die Zufuhr der mitteleuropäischen Staaten ist. Und aus diesem Grunde auch können diese Länder nicht als Hauptabsatzgebiet für Deutschland in Frage kommen und spielen für die Ausfuhr eine geringe Rolle. Es betrug 1913 die Gesamtausfuhr an fertigen Waren 6786,7 Millionen Mark. Davon entfielen auf Mitteleuropa 849,7 Millionen Mark, ist 12,5 %. Halbfabrikate: Gesamtausfuhr 930,4 Millionen Mark, davon auf Mitteleuropa 185,7 Millionen Mark = 19,9 %. Und dabei liefert Deutschland sowieso den grössten Teil der in Oesterreich-Ungarn aus dem Auslande bezogenen Industrie-Erzeugnisse. Vorläufig ist also daran nicht zu denken, dass Mitteleuropa einen Ersatz für Deutschland's Weltwirtschaft bietet. Das schliesst jedoch, wie schon erwähnt und nochmals hervorgehoben werden soll, einen wirtschaftlichen Zusammenschluss der mitteleuropäischen Länder nicht aus. Im Gegenteile ist auf einen Ausbau der gegenseitigen Wirtschaftbeziehungen grosses Gewicht zu legen, und eine gegenseitige Vorzugsbehandlung ist vor allem anzustreben.

Inhalts-Verzeichnis.

I. Einleitung: Entwickelung der Weltwirtschaft.

II. Thema:

a) List — Roscher — Schäffle

b) Bruck

c) Chevalier — Molinari — Kauffmann — Bergmann — Walcker — Brentano — Wermert — Leusse — Matlekovits — Peez — Mamroth.

III. Schluss: Mitteleuropa und Weltwirtschaft.

Lebenslauf.

Ich, Anton Viktor Robinski, bin geboren am 6. März 1888 zu Krotoschin, Provinz Posen, als Sohn des Architekten und Baumeisters C. Robinski, katholischer Religion.

Nach bestandener Reifeprüfung an einem humanistischen Gymnasium zu Posen widmete ich mich juristischen Studien in Genf, Leipzig, München und Heidelberg, wo ich im März 1913 an der juristischen Fakultät promovierte.

Von Oktober 1914 bis Ende 1916 studierte ich Nationalökonomie in München und Heidelberg und promovierte Mitte Dezember 1916 an der philosophischen Fakultät in Heidelberg.

MSH 27612

END OF
TITLE